

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 31 vom 1. August 1980

14. Jahrgang

1 DM

Neutralität und Konföderation beider deutscher Staaten

KPD legt Friedensplan für Deutschland vor

Klare Orientierung für den Kampf gegen die Kriegsgefahr

DORTMUND.— „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!“ Unter dieser Losung hat unsere Partei, die KPD, einen Friedensplan erarbeitet, der auf dem 6. Plenum des Zentralkomitees verabschiedet wurde. Der Friedensplan ist inzwischen den Regierungen beider deutscher Staaten und dem Senat von Westberlin vorgelegt worden.

Die KPD schlägt darin als Maßnahmen zur Entspannung und Sicherung des Friedens in Mitteleuropa unter anderem vor: den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland; die Kündigung aller Verträge, mit denen die Souveränität der beiden deutschen Staaten eingeschränkt wird und den Austritt der BRD und der DDR aus den internationalen Paktsystemen. Die KPD schlägt vor, daß beide deutsche Staaten ihre Neutralität erklären und eine Konföderation bilden, in deren Rahmen friedenspolitische, wirtschaftliche und kulturelle Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, Spannungen zwischen beiden Staaten abzubauen und einem weiteren Auseinanderleben der beiden deutschen Staaten entgegenzuwirken.

Der Friedensplan unserer Partei gibt dem Kampf gegen die immer gefährlicher anwachsende Kriegsgefahr eine klare und richtige Orientierung. Es

sind heute vor allem die beiden Supermächte, die in ihrer imperialistischen Rivalität um Rohstoffe, Märkte und Einflußsphären deutlicher denn je auf eine militärische Konfrontation zusteuern. Und sollte es zu einem Krieg zwischen den beiden Supermächten, zwischen ihren Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt kommen, dann hätte ein solcher Krieg die verheerendsten Auswirkungen dort, wo die Interessengebiete der beiden imperialistischen Lager unmittelbar aufeinanderstoßen — in Deutschland, in Mitteleuropa.

Der von unserer Partei vorgelegte Friedensplan ist die einzige denkbare Alternative zu der Politik des Schwimmens im Kielwasser der Hauptkriegstreiber, wie sie in Bonn und Ostberlin verfolgt wird. Nur auf dem im Friedensplan entwickelten Kurs wird es uns gelingen, das militärische Aufeinanderprallen der Supermächte in Deutschland zu verhindern.

Natürlich ist es nicht allein damit getan, einen solchen Plan vorzulegen. Er muß vielmehr gegen den Widerstand der Herrschenden durchgekämpft werden. Deshalb fordern wir unsere Leser auf, den Friedensplan der KPD im Betrieb und im Wohnviertel, an den Schulen und Universitäten bekanntzumachen. Seine Forderungen müssen zu den Forderungen der Massen werden. Und eine gute und besonders wichtige Möglichkeit, den Friedensplan unter den Werktätigen zu verankern, bieten die gewerkschaftlichen Aktivitäten zum diesjährigen Antikriegstag, die jetzt vorbereitet werden. Wir fordern unsere Leser weiter dazu auf, uns Stellungnahmen zum Friedensplan zu schicken, die der RM als erste Reaktionen auf den Plan in den kommenden Ausgaben veröffentlicht werden.

Nach dem Putsch in Bolivien

Volkswiderstand konnte nicht gebrochen werden

LA PAZ.— Den faschistischen Generälen, die in Bolivien die Macht übernommen haben, ist es nicht gelungen, den Widerstand der Werktätigen niederzuschlagen.

Zu Beginn der Woche dauerte der Generalstreik der Bergarbeiter an. In den Minengebieten kam es zu bewaffneten Kämpfen zwischen Arbeitern und Militärs, die offenbar trotz massiven Einsatzes von Panzern und Kampfflugzeugen nicht alle Siedlungen der Bergleute erobern konnten. Bewaffnete Kämpfe wurden am Wochenende auch aus der Hauptstadt La Paz gemeldet. Im Süden des Landes wurden Eisenbahnbrücken gesprengt und dadurch die Schienenverbindungen nach Chile unterbrochen.

In mehreren Ländern wur-

den in den letzten Tagen Solidaritätsdemonstrationen für das bolivianische Volk durchgeführt. In Peru hat der Allgemeine Arbeiterverband einen Handelsboykott gegen Bolivien begonnen. Das ist deswegen von großer Bedeutung, weil die in Bolivien geförderten Metalle in peruanischen Häfen verschifft werden.

Die Bonner Regierung weigert sich trotz entsprechender Forderungen auch aus der SPD, die Entwicklungshilfe für Bolivien einzustellen und die diplomatischen Beziehungen zum Militärregime abzubauen.

Trotz Schikane und Behördendruck

Großartige Stimmung in Thiergarten

Albanische Genossen mit Begeisterungstürmen empfangen

THIERGARTEN.— Das von der Kreisversammlung für Dienstag, den 22. Juli, 9 Uhr, gestellte Ultimatum ist verstrichen. Die Behörden sahen sich nicht in der Lage, das Verbot durchzusetzen. 15 albanischen Genossen wurde am Dienstag nachmittag ein stürmischer Empfang bereitet. Mittlerweile sind rund 25 Nationen auf dem Lager vertreten.

Soweit die neuesten Nachrichten aus Thiergarten im Hunsrück, wo am Samstag, den 19. Juli, das IV. Internationale Jugendlager eröffnet wurde. Daß die Behörden mit ihrer Verbotsdrohung auch diesmal nicht durchkamen, liegt erneut vor allem an der erstaunlich großen und herzlichen Solidarität und Anteilnahme, die die einheimische Bevölkerung der Jugend aus aller Welt entgegenbringt. Etwa 100 „Hunsrücker“ waren am Montag zu einer Protestversammlung im Festzelt erschienen.

Bei Hitze und Sonnenschein läuft das Lagerprogramm auf

vollen Touren. Freitag abend inszenierten die albanischen Genossen ein Kulturprogramm, das die Lagerteilnehmer in eine Hochstimmung versetzte, die für viele in unauslöschlicher Erinnerung bleiben dürfte.

Der Samstag gehörte den Genossen aus der Türkei. Die Genossen hatten voll mobilisiert. Ein Bus nach dem anderen erreichte das Lagergelände. Die Abendveranstaltung dauerte bis zum frühen Morgen. Sonntag schließlich fand der Aktionstag gegen Reaktion und Faschismus statt. (Ausführlicher Bericht auf Seite 9).



Beamte der Kreisverwaltung warten mit neuen Schikanen auf. Doch ein Lagerverbot vermochten sie nicht durchzusetzen.

Ein ungeheurer Skandal

ist die Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes in den Betrieben. Nach einer Meldung der Springer-Zeitung „Die Welt“ hat der Verfassungsschutz in den vergangenen drei Jahren in 922 Betrieben ganze Belegschaften, vor allem aber die Betriebsräte und Betriebsratskandidaten „auf Anhänger linksextremistischer Gruppen“ hin „überprüft“. Der Meldung zufolge sollten sogar 1 566 Betriebe ausgeschnüffelt werden, dies sei jedoch wegen der wachsenden Proteste in den Gewerkschaften gegen die Spitzeltätigkeit auf Schwierigkeiten gestoßen.

Kampf um die Montanmitbestimmung

IGM-Funktionäre drohen mit Streik

DÜSSELDORF.— Die Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung hat sich zugespitzt. Betriebsräte aus den Stahlkonzernen und Vertreter der IG Metall haben mit einem Streik gedroht, falls die Verhandlungen zwischen dem Mannesmann-Konzernvorstand und der Gewerkschaft am 30. Juli negativ verlaufen.

Am Freitag vergangener Woche (25.7.) fand in der Dortmunder Westfalenhalle eine Vertrauensleutekonferenz der Hoesch-Betriebe statt, an der sich über 1 000 Kollegen beteiligten. Einig waren sich die Kollegen in ihrer Empörung über den Versuch der Stahlbarone, auf kaltem Wege die Montanmitbestimmung abzuschaffen. Am 30. Juli wird es erstmalig eine gemeinsame Betriebsräteversammlung der Hütten- und Röhrenwerke von Mannesmann geben, auf der über das dann vorliegende Verhandlungsergebnis diskutiert werden soll.

Die Vorstände verschiedener anderer Einzelgewerkschaften des DGB haben inzwischen der IG Metall versichert, im Falle von Kampfmaßnahmen der IG Metall solidarische Unterstützung leisten zu wollen. Aller-

dings wird von Seiten der DGB-Führer eine falsche, arbeitfeindliche Stoßrichtung in den berechtigten Kampf gegen die Beseitigung der Montanmitbestimmung hineingetragen. So erklärte der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Hoffmann, wer die Montanmitbestimmung ausschalten wolle, entlasse „die Arbeitnehmer aus der Mitverantwortung in den Klassenkampf“.

Eine Mitverantwortung der Arbeiter an den Rationalisierungsfeldzügen der Kapitalisten kann es nicht geben. Der Angriff gegen die Montanmitbestimmung muß mit einem konsequenten Kampf gegen das Kapital beantwortet werden. Er muß sich vor allem gegen die Rationalisierungspläne der Stahlbarone richten und der kompromißlosen Verteidigung der Arbeitsplätze dienen.

Diese Woche

Friedensplan der KPD

Der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Aust, erläutert im Kommentar zur Woche auf Seite 2 die Bedeutung des „Friedensplans“. Den Friedensplan selbst finden Sie auf den Seiten 4 und 5.

Bundestagswahl 1980

Kann Strauß mit dem Wahlzettel gestoppt werden? Lesen Sie auf Seite 10, wie wir Kommunisten die Bedeutung von Parlamentswahlen im Kapitalismus einschätzen.

Sie kandidieren für die VOLKSFRONT

Direktkandidatinnen der VOLKSFRONT für die Bundestagswahl auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen werden auf Seite 3 vorgestellt.

Autoindustrie im Krisenstudel

Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der europäischen Automobilindustrie sind in Gefahr. Stimmt es, daß die Japaner an allem schuld sind? Unsere Meinung dazu auf Seite 4.

Bergarbeiter gegen Militär

Mit Dynamit wehren sich Bolivien Bergarbeiter gegen schwerbewaffnetes Militär. Auf Seite 11 berichten wir über ihren heroischen Kampf.

Kommentar

„Ach mach doch einen Plan...“, könnte man versucht sein, mit Bert Brecht zu sagen, und resignierend hinzuzufügen: geh'n tut er doch wohl nicht. — Sicher, noch nie ist ein Plan, ein Programm verwirklicht worden, wenn nicht ein breiter Teil des Volkes bereit war, für seine Durchsetzung zu kämpfen. Wieviele Abkommen, Vorschläge, Friedens- und Deutschlandpläne hat es seit Ende des zweiten Weltkrieges gegeben, ohne daß einer von ihnen auch nur annähernd verwirklicht worden wäre. Hat es da überhaupt einen Sinn, dieser Reihe einen neuen „Friedensplan“ als Makulatur für den Abfallkorb der Geschichte hinzuzufügen?

Zum Friedensplan der KPD

Doch, es hat einen Sinn! Es sei denn, wir würden freiwillig auf die Möglichkeit des Eingreifens in den Klassenkampf, denn nichts anderes ist der Kampf um die Erhaltung des Friedens im weiteren Sinne, verzichten. Oder wir würden auf die Stufe jener Schwätzer herabsinken, die aus der Tatsache, daß der Imperialismus gesetzmäßig immer neue Kriege gebiert, schlußfolgern: dann erübrige es sich auch, etwas dagegen zu tun. Damit arbeiten sie genau jenen in die Hände, die sie vorgeben zu bekämpfen, den Imperialisten. Denn diese sind es ja, die den Menschen, um sie reif für ein neues Völkermorden zu machen, wieder und wieder einreden: Kriege hat es immer gegeben, Kriege wird es immer geben, daran kann man nichts ändern.

Und ob man das kann! Die Frage ist nur, was soll man tun, um den Ausbruch eines drohenden III. Weltkrieges zu verhindern, bzw. zu verhindern, daß Deutschland, daß die Bundesrepublik in ihn hineingezogen wird? Da hilft kein Helsinki, Salt I, Salt II, da hilft kein unverbindliches Abrüstungs-, Friedens- und Entspannungsgeschwätz. Der Kampf um die Erhaltung des Friedens ist immer konkret. Den Waffengang zwischen den Supermächten, den Krieg in anderen Weltgegenden zu verhindern, dazu werden wir kaum in der Lage sein. Dazu bedarf es des Eingreifens des Kampfes des amerikanischen, der sowjetischen, der betroffenen Völker. Doch was wir versuchen können, ist hier, in Mitteleuropa, und sei es nur in der Bundesrepublik, eine neutrale, atomwaffenfreie Zone zu schaffen. Schon eine neutrale, abgerüstete, massenvernichtungs- und angriffs-waffenfreie Bundesrepublik wäre ein konkreter Friedens- und Entspannungsfaktor in Mitteleuropa.

Eine neutrale DDR, für die unsere Genossen der Sektion DDR unserer Partei kämpfen, wie auch die vorgeschlagene Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten, die die volle, uneingeschränkte gegenseitige staatliche Anerkennung voraussetzt, wäre ebenfalls ein Schritt in diese Richtung und würde verhindern, daß beide deutsche Staaten sich weiter auseinanderleben. An uns liegt es jetzt, den Friedensplan unserer Partei mit Leben zu erfüllen, ihn durchzusetzen. Das aber ist nur möglich durch die breite Unterstützung, den massiven Druck des Volkes auf die Regierenden. Deshalb: Tragen wir unsere Forderungen in die Massen, so daß sie zu deren eigenen werden.

Machen wir klar, wie die Frage steht: Entweder Verbleib in der NATO und damit die Garantie, daß die Bundesrepublik früher oder später zum zentralen Schlachtfeld eines neuen Weltkrieges wird oder raus aus der NATO, Neutralität und die große Möglichkeit, die Zerstörung unserer Heimat zu verhindern und unser, wie auch das Leben unserer Kinder zu retten.

Natürlich ist auch eine neutrale Bundesrepublik ein imperialistischer Staat. Deshalb die unverzichtbare Forderung nach Abrüstung, deshalb auch Konföderation und nicht Wiedervereinigung. Denn das strategische Ziel unserer Partei ist und bleibt das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland und nicht etwa ein wiedervereintes imperialistisches Deutschland. Der Weg dahin führt nur über die sozialistische Revolution in der Bundesrepublik und der DDR. Vorerst aber, solange die Werktätigen noch nicht bereit sind, diesen Weg zu gehen, ist uns ein schwacher Imperialismus lieber als ein starker, ist uns eine Regierung, die es ablehnt, durch den Verbleib in der NATO dem Kriegskurs der Supermächte USA und Sowjetunion zu folgen, lieber als eine, die durch ihr Mitmischen im Kampf um die Weltherrschaft die Bundesrepublik in den Untergang führt.

Ernst Aust

Beschränkungen der Kriegsschiffsproduktion aufgehoben

Jetzt Flugzeugträger für die Bundesmarine?

Kiep fordert Einsatz im Südatlantik

BONN. — Der Rat der Westeuropäischen Union (WEU) hat in der vergangenen Woche auf Antrag der Bonner Regierung die von den westlichen Alliierten nach dem Krieg verfügten Beschränkungen für den Bau von Kriegsschiffen in der Bundesrepublik aufgehoben. Bis jetzt durften keine Überwasserschiffe mit mehr als 3 000 und keine U-Boote mit mehr als 1 800 Tonnen gebaut werden.

Mit der Aufhebung der Beschränkungen können jetzt auch auf den Werften an der Nord- und Ostsee größere Zerstörer und Fregatten sowie Flugzeugträger auf Kiel gelegt werden. Als erste Bonner Behörde hat das Wirtschaftsministerium den Beschluß der WEU begrüßt und auf die künftige Möglichkeit des Exports größerer Kriegsschiffe hingewiesen. Es fehlte dabei natürlich auch nicht die Berufung auf die dadurch angeblich gesicherten Arbeitsplätze. Offenbar ist es die augenblickliche offizielle Bonner Sprachregelung, die Aufhebung der Produktionsbeschränkungen als ausschließlich für den Export von Bedeutung hinzustellen. Dafür spricht auch eine letzte Woche vom Kriegsministerium abgegebene Erklärung, nach der die Bundesmarine keinen Einsatz größerer Schiffeinheiten plane.

Erwartungsgemäß hat auch die Werftindustrie, in der Rüstungskonzernen wie Krupp und Thyssen den Ton angeben, den Beschluß der WEU begrüßt. Eines jedoch ist bemerkenswert an den von Werftkapitalisten in der letzten Zeit gemachten Ausführungen. Es wurde nämlich darauf hingewiesen, daß Länder wie die USA, Britannien oder Japan kaum als Abnehmer größerer Kriegsschiffe in Frage kämen, weil sie mit solchen Aufträgen ihre eigenen Werften beschäftigen würden. Sogenannte Drittländer kämen ebenfalls als Auftraggeber nicht in Frage, weil die betreffenden Schiffe für sie zu groß und zu teuer wären.

Da stellt sich dann doch die Frage: Wer bleibt übrig? Für

wen sollen denn die Zerstörer oder Flugzeugträger gebaut werden? Und als Antwort bleibt nur ein Kunde: die Bundesmarine. Es kann ja zudem auch nicht übersehen werden, daß der WEU-Beschluß nur wenige Wochen nach der Ankündigung erfolgte, die Marine des Bonner Staates werde künftig auch in den Gewässern des nördlichen Atlantiks operieren. In den traditionellen Operationsgebieten der Bundesmarine, der Nord- und Ostsee, wäre der Einsatz von größeren Kriegsschiffen wegen der geringen Wassertiefe nicht möglich gewesen.

Als vor wenigen Wochen die Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundesmarine auf den nördlichen Atlantik bekannt wurde, schrieb der „Rote Morgen“, das würde „notwendigerweise zu einer weiteren Aufstockung sowohl des Personals wie auch des Geräts der Bundeswehr führen.“ Diese Feststellung hat sich heute schon bewahrheitet. Was das Personal betrifft, so hat vor wenigen Tagen das Bonner Kriegsministerium zum ersten Mal offen zu verstehen gegeben, daß es die Bundesmarine für „personell viel zu klein“ hält. Und was die Bewaffnung angeht, hat der WEU-Beschluß die Grundlage für ein neues gigantisches Flottenprogramm geschaffen.

Der RM hatte in dem erwähnten Artikel auch darauf hingewiesen, daß die Ausweitung des Operationsgebietes der Bundesmarine eine gefährliche Signalwirkung für die Verwirklichung noch weitergehender Pläne haben würde. Auch das

hat sich innerhalb kürzester Zeit bestätigt. In der vergangenen Woche forderte der führende CDU-Politiker Leisler Kiep, den Einsatzbereich der Bundesmarine auch auf den südlichen Atlantik bis hin zum Kap der Guten Hoffnung an der Südspitze Afrikas auszuweiten. Die Verteidigung der Interessen Europas — so Kiep — müsse „unter extremen Umständen“ auch die Bereitschaft einschließen, daß die Bundesrepublik mit ihren Verbündeten gemeinsam im ganzen Atlantik ihre Interessen wahre. Mit den „extremen Umständen“ ist zweifellos die Bedrohung der westlichen imperialistischen Interessen im südlichen Afrika durch die sich dort anbahnende Volksrevolution gemeint.

Bedeutsam an dieser Forderung von Leisler Kiep ist weniger die Tatsache, daß der CDU-Politiker dabei nach eigenen Worten vollständig mit Strauß übereinstimmt. Die Scharfmacher in der Union wie Strauß oder Dregger haben ähnliche Forderungen schon oft erhoben. Bedeutsam ist vielmehr, daß sich diesen Forderungen mit Leisler Kiep zum ersten Mal auch ein Vertreter des „gemäßigten“ Unionflügels angeschlossen hat, der zudem das volle Vertrauen von Schmidt und Genscher genießt.

All diese Tatsachen weisen deutlich darauf hin, daß sich der westdeutsche Imperialismus anschiebt, in den Fußstapfen des Kaisers und Hitlers, auf den Weltmeeren wieder Flagge zu zeigen, daß er darangeht, sich eine starke und aggressive Kriegsflotte aufzubauen.

20 Monate Ersatzdienst?

STUTTGART. — Bundesverteidigungsminister Apel hat gegenüber dem Süddeutschen Rundfunk erklärt, er könne sich eine Verlängerung des Ersatzdienstes von 16 auf 20 Monate vorstellen bei gleichzeitiger Abschaffung der sogenannten Gewissensprüfung.

Ungeachtet der Tatsache, daß die KPD die wehrpflichtige Jugend aufruft, den Wehrdienst abzuleisten, um die Bundeswehr nicht den Militaristen zu überlassen, verurteilt sie den Apelschen Vorschlag als unerhörten Angriff auf das demokratische Recht der Kriegsdienstverweigerung. Der Ersatzdienst darf auf keinen Fall verlängert werden. Die Gewissensprüfung muß ersatzlos gestrichen werden.

DGB gegen Nazi-Parteitag

AUGSBURG. — Für den Fall, daß der Augsburger Oberbürgermeister Hans Breuer den für den 22. November vorgesehenen Bundesparteitag der NPD in der Kongreßhalle nicht verbietet, hat der bayrische DGB-Landesvorsitzende Deffner eine 10 000 Teilnehmer starke Demonstration angekündigt.

992 Betriebe durchschnüffelt

BONN. — Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die Personalakten von knapp 1 000 Großbetrieben der Energiewirtschaft, der Automobilindustrie und der Chemie- und Elektronikbranche systematisch durchleuchtet.

Nachdem die staatliche Bespitzelung der letzten Betriebsratswahlen durch die Landesämter des Verfassungsschutzes hohe Wellen geschlagen haben, liegt nun ein neuer Beweis für das „Mißtrauen“ der Herrschenden in die Arbeiterklasse vor. Offensichtlich betrachten die Großunternehmen den Verfassungsschutz als eine Art spezielle Hausabteilung zur Früherkennung von „Störenfriedern“, sprich kämpferischen Vertrauensleuten, Betriebsräten, die sich den Interessen der Belegschaft verbunden fühlen, aktive Gewerkschafter, kurz all jener, die ihren Ausbeutern nicht die entsprechende Portion Zuneigung entgegenbringen. Hier wären deutliche Worte und Taten von Seiten des DGB-Vorstandes dringend erforderlich!

Grandiose Halbjahresbilanz

DÜSSELDORF. — Der offiziell ausgewiesene Profit des Flaggsschiffes der amerikanischen Milliardäre, des Oilmultis Exxon, ist um 25 Prozent höher als der Profit des ersten Halbjahres 1979. Er beträgt 5,25 Milliarden Mark. Allein 300 Millionen Mark verdiente der Ölriese auf dem westdeutschen Markt.

Die Mobil Oil AG (Deutschland) erzielte 1979 einen Gewinn von 543 Millionen Mark; 220 Millionen Mark werden nach den USA verschoben. BP-Chef Buddenberg kündigte für die nächsten Wochen Preiserhöhungen bis zu 5 Pfennig pro Liter Benzin an.

Genosse Pittam weiterhin in Haft

Kampagne zur Freilassung angelaufen

RHD organisiert Haftbetreuung

RECKLINGHAUSEN. — Der britische Kommunist Paul Pittam, der am Sonntag, den 13. Juli, an einem holländisch/westdeutschen Grenzübergang verhaftet worden war, befand sich bei Redaktionsschluß immer noch im Gefängnis in Recklinghausen.

Genosse Paul Pittam war 1975 vom berüchtigten Richter Somoskeoy in Köln zu einer fünf Monate langen Freiheitsstrafe verurteilt worden; sein Verbrechen hatte darin bestanden, aktiv gegen eine Nazi-Provokation in Köln vorgegangen zu sein. Damals hatten die Behörden auf eine Vollstreckung der Strafe verzichtet und ihn nach Britannien abgeschoben.

Trotzdem ist er aufgrund dieses Urteils wiederum inhaftiert worden. Er war gerade im Begriff, in Bielefeld seinen 10-jährigen Sohn und seine frühere Frau zu besuchen.

Sofort nach Bekanntwerden des Falles hat sich die Rote Hilfe Deutschlands der Sache angenommen. Ein Rechtsanwalt wurde besorgt, die Bevölkerung in Bielefeld durch eine offenen

Brief der früheren Frau des Genossen Pittam informiert. Eine Abordnung des Zentralvorstandes der RHD mit dem 1. Vorsitzenden Jürgen Janz hatte den Genossen am Samstag in der Haftanstalt besucht. Sie konnten berichten, daß Genosse Paul Pittam gute Dinge ist.

Ebenfalls am 26. Juli erschien ein Informationsblatt des Zentralvorstandes der RHD über diesen Justizskandal.

Wie wir erfahren haben, hat die Kölner Staatsanwaltschaft keine Einwände gegen eine Ausweisung. Wir fordern unsere Leser auf: Unterstützt weiter den Kampf um die Freilassung des Genossen Paul Pittam. Protestiert beim Kölner Ausländeramt (0211/17711) und bei der Kölner Staatsanwaltschaft (0211/20661). Schreibt



Genosse P. Pittam während des Landtagswahlkampfes NRW 1975. dem Genossen und ruft ihn an (JVA Recklinghausen, Limperstraße 32, 4350 Recklinghausen, 02361/29006).

Spendet unter dem Stichwort „Pittam“ auf das Konto der RHD zur Begleichung der Anwaltskosten (PSchA Dortmund, Konto-Nr.: 191100 — 462) Rote Hilfe Deutschlands, Postfach 215, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0234/864427)

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Gleichberechtigung durchsetzen — VOLKSFRONT wählen

Alles redet von Gleichberechtigung der Frau in Beruf und Gesellschaft, die VOLKSFRONT praktiziert sie. Sie hat nicht nur Forderungen in ihrem Wahlprogramm, die auf die Gleichberechtigung abzielen und der Abschaffung jeglicher Diskriminierung aufgrund des Geschlechts das Wort reden, sie hat auch Frauen in ihren Reihen, die an vorderster Front den Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg führen und sich dabei besonders um die Fragen

der werktätigen und Hausfrauen kümmern.

Es sind nicht irgendwelche „Renommier-Weiber“ oder „Alibi-Frauen“ vom Schlage einer Renger (SPD) oder Wex (CDU), sondern Frauen, die die Sorgen und Nöte ihrer Klasse teilen, weil sie ein Teil von ihr sind.

Es sind Arbeiterinnen und weibliche Angestellte, oft mit betrieblicher oder gewerkschaftlicher Funktion, oder

es sind Hausfrauen, die ein Lied davon zu singen wissen, wie es um Kinderhort- und Kindergartenplätze bestellt ist.

Auf dieser Seite stellt der „Rote Morgen“ einige Kandidatinnen der VOLKSFRONT aus Nordrhein-Westfalen vor.

Wer es mit der Gleichberechtigung der Frau ernst meint, kommt um die VOLKSFRONT nicht herum.

Margret Preuß, Krankenschwester, kandidiert in Essen-West

Betriebsratsvorsitzende contra DRK

Die Essener Krankenschwester Margret Preuß führt die Landesreserveliste der VOLKSFRONT in Nordrhein-Westfalen an. Außerdem wurde sie von der Kreismitgliederversammlung in Essen zur Direktkandidatin für den Essener Westen gewählt.



Die Kollegin Preuß, (ledig, keine Kinder) ist 24 Jahre alt. Für ihre Kolleginnen und Kollegen am Essener Universitätsklinikum ist sie längst kein unbekanntes Blatt mehr und das nicht erst, seit sie für die VOLKSFRONT kandidiert.

Bis zum November 79 hatte das weibliche Pflegepersonal keine betriebliche Interessen-

vertretung. Der Personalrat war für die Krankenschwestern nicht zuständig. Begründet wurde dieser bemerkenswerte Mangel mit der Tatsache, daß die Krankenschwestern nicht „normale“ Angestellte des Klinikums seien, sondern ihre Arbeit über einen Gestellungsvertrag des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) mit dem Klinikum bekommen.

In den ersten Monaten des Jahres 1978 bildete sich eine Schwesterninitiative mit dem erklärten Ziel, diesem Mißstand abzuwehren. Kollegin Preuß war in dieser Initiative ebenfalls zu finden. Zusammen mit der ÖTV bereitete man eine Betriebsratswahl für die Krankenschwestern vor.

Die Wahl ging im November 1979 über die Bühne. Kollegin Preuß wurde in den Betriebsrat gewählt. Der Betriebsrat stellte sie zur Vorsitzenden.

Die Veranstalter einer „Stopp-Strauß-Fete“, die am 19. März in Essen stattfand (Kulturmagazin „Linkskurve“ und VOLKSFRONT), luden sie

ein, zum Thema „Strauß, Gewerkschaftsfeind Nr. 1“ zu sprechen.

Das war anscheinend mehr, als das DRK ertragen konnte. War ihm offensichtlich der Betriebsrat schon ein Dorn im Auge, so beantragte man nun eine einstweilige Verfügung gegen die Kollegin Preuß. Bei einer Strafbefehl von 3000 Mark wurde ihr verboten, auf politischen Veranstaltungen in ihrer Eigenschaft als „Betriebsratsvorsitzende der DRK-Schwesternschaft am Klinikum Essen“ aufzutreten. Ferner durfte sie ebenso wenig auf politischen Druckschriften in dieser Eigenschaft genannt werden.

Doch die Kollegin ließ sich keinen Maulkorb verpassen. Sie beantragte beim Essener Arbeitsgericht, die einstweilige Verfügung aufzuheben. Am 23. Mai fand die mündliche Verhandlung statt. Kollegin Preuß siegte.

Nun ist aufgrund des Widerspruchs des DRK der Prozeß in letzter Instanz beim Landesarbeitsgericht in Düsseldorf anhängig. Kollegin Preuß erklärte gegenüber dem „Roten Morgen“, daß sie auch diesem Prozeß mit Optimismus entgegen sähe.

Der Prozeßausgang wird nicht zuletzt davon abhängen, in welchem Maße das skandalöse Vorgehen des DRK in der Öffentlichkeit bekannt wird.

Die Leser, die die Möglichkeit haben, den Prozeß zu besuchen, sollten das tun. Er findet statt vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf, Karlsplatz 24; Donnerstag, 21. August, 9.30 Uhr; erste Etage, Zimmer 109.

Ulrike Bach, Hausfrau, kandidiert in Kalk-Mülheim

20 Prozent Ausländer im Wahlkreis

Ulrike Bach, 32 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, steht auf Platz sieben der Landesreserveliste Nordrhein-Westfalen der VOLKSFRONT. Außerdem gehört sie zu den vier Kölner Direktkandidaten, die im



Die Kollegin Bach hat von 1973 bis 1975 bei der Firma Felten & Guillaume in einer Frauenabteilung gearbeitet. Die meisten Kolleginnen waren gleichzeitig Hausfrauen, bekamen also tagtäglich die versklavende Dop-

Annette Schnoor, Arbeiterin, kandidiert in Bochum/Witten

Eine Betriebsrätin schreibt an „Emma“

Annette Schnoor, 34 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, steht auf Platz zwei der Landesreserveliste der VOLKSFRONT in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig kandidiert sie im Wahlkreis 111 (Bochum/Witten) für den Deutschen Bundestag. Seit 1973 arbeitet sie bei den Siemens-Werken in Witten. Die Kollegen wählten sie in den Betriebsrat.



„Mit Interesse habe ich Euren Sonderband „Wahlboykott? Haben Frauen noch die Wahl?“ gelesen. Vor allem Eure kritische Haltung zur SPD fand ich erfrischend. Denn immer mehr gewinnt man ja den Eindruck, daß insbesondere Strauß-Gegnerinnen keine Wahl mehr haben nach dem Motto: „Wer Strauß stoppen will, muß Schmidt wählen“...“

So beginnt ein Schreiben der Kollegin Annette Schnoor an die Redaktion der Frauenzeitschrift „Emma“.

Im ersten Teil ihres Schreibens erläutert sie, warum weder in der Frage der Kriegsgefahr noch an der Front zur Verteidigung der demokratischen Rechte die Schmidt-Ära eine Alternative zur CDU/CSU ist, um anschließend auf Fragen der Gleichberechtigung der Frau einzugehen:

„Kein Lichtblick auch in der Frauenpolitik. Kanzler Schmidt äußerte Anfang des Jahres vor dem Deutschen Frauenrat, die

Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau sei ein „Jahrhundertwerk“. Als Betroffene kann ich das nur so interpretieren, daß es wohl noch 100 Jahre dauern soll.

Zum Beispiel Kindertagesstätten: Ich wohne und arbeite in der SPD-Hochburg Witten. Aber für meine beiden kleinen Kinder fand ich keinen Krippenplatz: Warum? Weil es in der ganzen Stadt keinen einzigen gab und gibt. Einen Betriebskindergarten konnten wir bei uns im Betrieb auch nicht durchsetzen. Warum? Weil hier auch die kleinste gesetzliche Regelung fehlt, die den Frauen hilft, eine solche Forderung gegen die Unternehmer durchzusetzen.

Oder nehmen wir die Unterbezahlung der Frauen. Prozesse um gleichen Lohn für gleiche Arbeit gehen reihenweise verloren, weil die rechtlichen Grundlagen nicht klar und eindeutig gegen Frauendiskriminierung sind; Dutzende von Lohngruppen sind immer noch Bestandteil von Tarifverträgen — trotz zahlreicher SPD-Mitglieder in den entscheidenden Gremien der Gewerkschaften.

Und tut die SPD irgendwas, um die angesichts der wachsenden Wirtschaftskrise ganz besonders bedrohten Interessen der Frauen zu verteidigen? Das Gegenteil ist der Fall.

Da überlegt der sozialdemokratische Arbeits- und Sozialminister Farthmann von NRW laut, ob man nicht das Nachtarbeitsverbot für Frauen abschaffen sollte; da will der DGB-Bundesvorstand (mehrheitlich SPD-Mitglieder) ausgerechnet in diesem Jahr keine Aktivitäten zum

8. März haben usw.

Aus diesen und vielen anderen Gründen ist Helmut Schmidt für mich keine Alternative zu F.J.S., die SPD nicht zur CDU/CSU. Und weil ich meine Stimme auch nicht an andere Parteien verschicken will, zu denen ich nicht uneingeschränkt „ja“ sagen kann, mache ich bei der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg mit. Denn mit dieser antifaschistischen und demokratischen Organisation sehe ich — über den 5. Oktober hinaus — die Chance, tatsächlich erfolgreich den Kampf gegen den Vormarsch der Reaktion organisieren zu können.

Insbesondere wichtig für mich: Ihre Forderung und ihre Aktivitäten für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung, ihre Forderung nach dem Austritt aus der NATO, für eine neutrale Bundesrepublik, ihre Aktivitäten gegen den Olympia-Boykott.

Wichtig für mich ihre Forderungen nach Abschaffung der Lohngruppen, für 18-monatigen Elternurlaub, für die Einrichtung von genügend Kindergärten, -krippen, -tagesstätten in Betrieben und Wohnvierteln, für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218.

Wichtig für mich auch, daß die Gleichberechtigung nicht auf dem Papier steht, sondern innerhalb der Organisation auch stattfindet. Zum Beispiel bei der Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl. Die Landesliste NRW beispielsweise hat neun Kandidaten. Fünf davon sind Frauen, zwei davon sind sogar auf den ersten beiden Plätzen der Liste.“

Almuth Euler, Arzthelferin, kandidiert in Recklinghausen

Praktische Solidarität mit politisch Verfolgten

Almuth Euler, 31 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, kandidiert auf der nordrhein-westfälischen Landesreserveliste und ist Direktkandidatin für den Wahlkreis 91 (Recklinghausen 1). Bis vor kurzem war sie Hausfrau, gegenwärtig absolviert sie eine Ausbildung als Arzthelferin in Gelsenkirchen.



Die Kollegin Almuth Euler ist durch ihre langjährige politische Arbeit gut mit den Gegebenheiten unseres Landes vertraut. Wie sie dem „Roten Morgen“ berichtete, war sie vor einhalb Jahren an der Gründung eines antifaschistischen Arbeitskreises beteiligt.

In diesem Rahmen half sie mit, einige NPD-Provokationen empfindlich zu stören. Die im Herbst des letzten Jahres gegründete VOLKSFRONT-Gruppe setzte die Arbeit dieses antifaschistischen Kreises fort.

Die Recklinghäuser VOLKSFRONT-Kollegin Euler ist Mit-

glied des Kreisvorstandes — gehörte zu jenen Kreisverbänden, die unmittelbar nach der zentralen Gründung ihrer Organisation in die Politik eingriffen. So sorgten sie dafür, daß anlässlich des Jahrestages der Reichskristallnacht eine breite Aktionseinheit zustandekam.

Regelmäßig schreibt Kollegin Euler zu brennenden politischen Fragen Leserbriefe an die Lokalpresse. Der letzte, der veröffentlicht wurde, beschäftigte sich mit einer Recklinghäuser Koranschule, hinter deren Fassade sich die „Grauen Wölfe“ sammeln.

Ein wichtiger Schwerpunkt bei den politischen Aktivitäten der Recklinghäuser Direktkandidatin ist die praktische Solidarität mit politisch Verfolgten, die sie im Rahmen der Arbeit der „Roten Hilfe Deutschlands“ (RHD) übt.

Auf der letzten zentralen Delegiertenkonferenz wurde sie in den RHD-Vorstand gewählt.

Gegenwärtig kümmert sie sich um die Haftbetreuung des britischen Kommunisten Paul Pittam, der widerrechtlich in ein Recklinghäuser Gefängnis gesperrt wurde. (Siehe auch Seite 2).

Frühjahr von der Kreismitgliederversammlung gewählt worden sind. Sie kandidiert im Wahlkreis Kalk-Mülheim.

ren organisatorischen Hindernisse für einen schwungvollen Wahlkampf aus dem Weg zu räumen.

Doch beschränkt sie ihre Aktivitäten keineswegs auf Schreibtisch oder Telefon. Wann immer es geht, ist sie hinter den Informationsständen ihrer Ortsgruppe zu finden, um ihre Organisation und sich selbst als Kandidatin der Bevölkerung vorzustellen und Unterschriften zu sammeln.

Sehr interessiert hätten ihre Bekannten, die sie über den Kindergarten kennengelernt hat, auf ihre Kandidatur reagiert, erzählte Kollegin Ulrike Bach gegenüber dem „Roten Morgen“.

Dort hat sie bisher auch das beste Echo in Sachen Unterschriftensammeln gefunden.

Mitunter passen manche Mütter schon einmal auf Ulrike Bachs Kinder auf, wenn sie wegen ihrer politischen Aufgaben unterwegs ist; zweifellos ist auch das eine Art der VOLKSFRONT-Unterstützung.

Der Ausländeranteil der Bevölkerung in Kalk-Mülheim beträgt etwa 20 Prozent. Daraus erwachsen große soziale Probleme im Hinblick auf Kindergärten oder Schule. Behörden seitens wird kaum etwa zur Betreuung von Ausländerkindern unternommen, weiß Kollegin Bach zu berichten. Der Kampf für das Verbot der „Grauen Wölfe“ ist in Kalk-Mülheim besonders aktuell und dringlich. Hier sieht die Kollegin Ulrike Bach einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit ihrer Organisation.



Auf dem Reichstag in Berlin, mitten in den von Hitlers Krieg hinterlassenen Ruinen, wird die rote Fahne gehißt. Der deutsche Faschismus ist geschlagen.



Heute haben die westdeutschen Imperialisten wieder die zweitstärkste Militärmacht der westlichen Welt aufgebaut.



Carters Beifall für Schmidt. Der Bonner Staat ist der engste Verbündete Washingtons. Carters aggressiver Kriegskurs findet die Unterstützung aller Bonner Parteien.



Bundeswehrhaubitze für amerikanische Atomraketen. Tausende von amerikanischen Atomwaffen sind in der Bundesrepublik stationiert. Sie bilden eine tödliche Gefahr für unser Land.

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!

Dem deutschen Volk droht Gefahr. Die Kriegsgefahr wächst. Ähnlich wie in der Zeit vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg verschärfen sich die Widersprüche der Großmächte, der Militärblöcke untereinander. In ihrem Streben nach hohen und höchsten Profiten: nach Rohstoffquellen, Absatzmärkten, billigen Arbeitskräften, Einflußsphären und Weltherrschaft geraten vor allem die zwei Supermächte, die Sowjetunion und die USA, aneinander. Zunehmend gewinnen Scharfmacher in Ost und West Einfluß auf ihre Regierungen, bestimmen eroberungssüchtige Machtpolitiker die Geschicke der Völker.

Vor allem im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in anderen Weltgegenden spitzen sich die Widersprüche zwischen den Supermächten zu, wächst die Gefahr der offenen Konfrontation, des Ausbruchs

eines Krieges, der sich sehr schnell zu einem Weltkrieg ausweiten könnte — dem dritten Weltkrieg, dessen zentrales Schlachtfeld zweifellos Deutschland würde. Ein solcher, mit den modernsten Massenvernichtungswaffen geführter Krieg würde mit Sicherheit die weitgehendste Zerstörung Deutschlands und -zig Millionen Tote bedeuten. Dies aber kann morgen schon sein.

In tiefer Sorge um die Zukunft Deutschlands, des deutschen Volkes und die Erhaltung des Friedens wendet sich deshalb die Kommunistische Partei Deutschlands, ihre Sektion Deutsche Bundesrepublik, Deutsche Demokratische Republik und Westberlin, an die Regierungen beider deutscher Staaten und den Senat von Westberlin mit dem Vorschlag:

FRIEDENSPLAN DER KPD

I Maßnahmen zur Entspannung und Sicherung des Friedens in Mitteleuropa

Beide deutsche Regierungen, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, mögen unverzüglich, unabhängig voneinander beschließen:

Die Regierung der BRD für die Bundesrepublik Deutschland:

1. Den Abzug aller Fremden Truppen von bundesdeutschem Boden.
2. Den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und EG.
3. Die Kündigung aller diesbezüglichen, bzw. die Souveränität der Bundesrepublik einschränkenden Verträge (Pariser Verträge, Deutschlandvertrag, Vertrag zur Gründung der EWG etc.)
4. Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland.
5. Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden.
6. Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung.
7. Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland.
8. Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.

Die Regierung der DDR für die Deutsche Demokratische Republik:

1. Den Abzug aller fremden Truppen vom Boden der DDR.
2. Den Austritt der Deutschen Demokratischen Republik aus dem Warschauer Pakt und dem RGW.
3. Die Kündigung aller diesbezüglichen, bzw. die Souveränität der DDR einschränkenden Verträge („Freundschaftsvertrag“ mit der UdSSR, Gründungsvertrag des Warschauer Paktes etc.)
4. Erklärung der Neutralität der Deutschen Demokratischen Republik.
5. Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen vom Boden der DDR.
6. Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung.
7. Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz von Truppen der DDR im Ausland.
8. Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.

Der Senat von West-Berlin möge zusammen mit den Regierungen beider deutscher Staaten folgende Berlin-Regelung beschließen:

1. Die Aufhebung aller alliierten Hoheitsrechte für Berlin.
2. Den Abzug aller fremden Truppen vom Boden Berlins.
3. Die Kündigung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin.
4. West-Berlin erhält den Status einer Freien-Stadt-Westberlin, das heißt u.a.:
 - a) West-Berlin wird Sitz aller zu errichtenden gesamtdeutschen Gremien und Behörden;
 - b) seine Wirtschafts- und Währungsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (Sitz diverser Behörden) bleiben erhalten;
 - c) es erhält verfassungsrechtliche und politische Selbständigkeit und nimmt gleiche Beziehungen zu beiden deutschen Staaten auf.
5. Beide deutschen Staaten garantieren den unabhängigen, selbständigen Status der Freien-Stadt-Westberlin.

II Maßnahmen zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen

Beide deutsche Regierungen mögen umgehend Verhandlungen miteinander aufnehmen, um zu erreichen:

1. Die volle, uneingeschränkte gegenseitige staatliche Anerkennung.
2. Den Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten.
3. Den gemeinsamen Abschluß gleicher Verträge mit allen Nachbarstaaten.
4. Die Bildung einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten und die Schaffung eines gesamtdeutschen, paritätisch besetzten Gremiums zur Lösung folgender Aufgaben:
 - a) Vereinbarungen über Abrüstungsmaßnahmen, Bewaffnung und Truppenstärke in beiden deutschen Staaten.
 - b) Förderung des gesamtdeutschen Kulturaustausches und Sportverkehrs.
 - c) Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten, Abschaffung der Visa-Erteilungen.
 - d) Förderung des innerdeutschen Handels, Festlegung eines offiziellen Verrechnungskurses zwischen beiden deutschen Währungen, Schaffung einer Zoll- und Währungsunion.
 - e) Förderung aller Maßnahmen, die einem weiteren Auseinanderleben beider deutscher Staaten entgegenwirken.

Erläuterungen zum Friedensplan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion Deutsche Bundesrepublik):

Warum legt die KPD ihren Friedensplan beiden deutschen Regierungen und dem Senat von West-Berlin vor?

Weil sie die einzige deutsche Partei ist, die sowohl in der Bundesrepublik, der DDR als auch in Westberlin existiert. Sie legt ihn den Regierungen und damit gleichzeitig den Bürgern beider deutscher Staaten und West-Berlins in der Hoffnung vor, die friedliebenden, verantwortungsbewußten, demokratischen Kräfte unseres Volkes gegen jene zu stärken, die bereit sind, aus Profit- und Herrschaftsinteressen, den Supermächten zuliebe, das deutsche Volk auf die Schlachtbank eines dritten

Weltkrieges zu führen. Sie tut dies, um zu verhindern, daß morgen schon Deutsche auf Deutsche schießen. Wobei sie weiß, daß nur eine breite Volksbewegung den notwendigen Druck erzeugen und erreichen kann, wenigstens die Hauptpunkte vorliegenden Planes zu erfüllen: den Austritt aus der NATO, die Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland, die erst die Chance dafür bieten, daß wir das Jahr 2000 in einem unzerstörten Deutschland bzw. überhaupt noch erleben.

Aber gibt uns der Austritt aus der NATO, die Abkoppelung von den USA nicht schutzlos dem Angriff aus dem Osten preis? Müssen wir nicht gerade verstärkt — wie zum Beispiel durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf bundesdeutschem Boden — aufrüsten, um einen Gegner von einem Angriff abzuschrecken?

Noch niemals hat eine Aufrüstung, selbst nicht mit den modernsten Waffen, einen Krieg verhindern können,

und sie kann ihn auch heute nicht verhindern. Man baut Kanonen, Raketen ja nicht, Krieg verhindern können, Fortsetzung auf Seite 5

Erläuterungen zum Friedensplan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion Deutsche Bundesrepublik):

Fortsetzung von Seite 4

um sie ins Museum zu stellen. Ist der Krieg aber erst einmal ausgebrochen, dann erweisen sich die Raketen als Magneten. Das heißt, sie rufen unweigerlich — wenn nicht gar einen Präventivschlag — so doch einen Gegenschlag hervor. Das ist es ja gerade, warum sich die USA so sehr für die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen, die jeden Punkt der europäischen Sowjetunion erreichen können, in Westeuropa, vor allem der Bundesrepublik einsetzen.

Sie möchten solange wie möglich ihr eigenes Land aus den Auswirkungen eines Weltkrieges heraushalten und einen atomaren Schlag oder Gegenschlag der Sowjetunion von sich ab und auf Westeuropa, vor allem die Bundesrepublik lenken. Und der „Schutz“, den die NATO der Bundesrepublik bietet, ist die Sicherheit, für die Interessen der USA sterben zu dürfen. Sollte es zu einem Krieg zwischen den NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten kommen, würde die Bundesrepublik zwangsläufig zum zentralen Schlachtfeld

werden. Denn die NATO-Planung rechnet damit, einen Angriff der Warschauer-Pakt-Truppen unter Anwendung der Taktik der verbrannten Erde, durch den Einsatz taktischer Atomwaffen (Atomminen und Kurzstreckenraketen) frühestens am Rhein zu stoppen. Ein Gegenstoß der NATO-Truppen würde dann das vernichten, was von der Bundesrepublik noch übrig ist. Das heißt: die Mitgliedschaft in der NATO, die Bindung an die USA garantieren uns die weitgehendste Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland.

Wird eine neutrale Bundesrepublik aber nicht gerade den Angriff der Sowjetunion, der Warschauer-Pakt-Truppen auf Westdeutschland hervorrufen? Inwiefern würde die Neutralität die Sicherheit der BRD erhöhen?

Österreich ist seit über 25 Jahren neutral. Oder hat etwa der Austritt Griechenlands aus der NATO zum Angriff der Sowjetunion geführt? Wurde Albanien, das den Warschauer Pakt verließ, angegriffen? Nein, so einfach ist die Sache nicht. Die Schweiz und Schweden sind — sehr zu ihrem Nutzen — seit Jahrhunderten neutral. Wurden sie im ersten und zweiten Weltkrieg angegriffen? Aber die Bundesrepublik hat eine Grenze zur DDR,

einem Staat des Warschauer Paktes? Das hat Österreich auch. Die Neutralität der Bundesrepublik Deutschland hätte den Vorteil, es würden die Truppen des Warschauer Paktes und der NATO, die sich heute unmittelbar, direkt gegenüberstehen, auseinandergerückt. Der Einsatz von taktischen Atomwaffen der Blöcke in Mitteleuropa gegeneinander wird dadurch unmöglich gemacht und damit die Atomschwelle angehoben. Eine neutrale BRD

würde zur Schaffung einer neutralen Zone durch Mitteleuropa, angefangen von Griechenland über Albanien, Jugoslawien, Österreich, die Schweiz bis Schweden und zum Auseinanderrücken der Blöcke beitragen. Die deutsche Regierung, die sich gegen die Idee der Neutralität wendet, zeigt nur, daß sie bereit ist, der unseligen Tradition des deutschen Militarismus zu folgen.

Sind wir unseren Bündnispartnern, vor allem den USA nicht aber zur Bündnistreue, zur Solidarität verpflichtet? Haben sie uns nicht nach Kriegsende beim Wiederaufbau geholfen?

So weit her mit der Hilfe der USA war es nicht. Das, was sie durch den Marshall-Plan gaben, holten sie später doppelt und dreifach wieder herein. Der Aufbau unserer Heimat aus den Trümmern des letzten Krieges war eine Leistung, die das deutsche Volk in Ost und West selbst

vollbrachte. Spätestens aber seit ihren blutigen Überfällen auf den Libanon, Santo Domingo und vor allem ihrem Vernichtungskrieg gegen Vietnam haben die Vereinigten Staaten jegliches Recht auf Solidarität, Hilfe und Bündnistreue verloren. Ein Krieg zwischen den Super-

mächten, den USA und der Sowjetunion, ist — egal wer ihn beginnt oder auslöst — ein Krieg zwischen zwei Räubern um den größeren Teil der Weltbeute. Es ist nicht unser Krieg. Die Teilnahme an solch einem Krieg wäre ein Verbrechen gegenüber dem deutschen Volk.

Wer garantiert uns, daß wir trotz Neutralität nicht doch in einen Krieg hineingezogen werden? Und was sagen die Supermächte, die USA und die Sowjetunion zu einem neutralen Deutschland, werden sie es dulden?

Niemand kann uns hundertprozentig garantieren, daß wir trotz Neutralität nicht doch in einen Krieg hineingezogen werden. Deshalb sind Schutzmaßnahmen wie z.B. der Bau atomarer Bunker für die Bevölkerung auch absolut notwendig. Doch ist zur Zeit durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO diese Gefahr absolut, während sie durch unsere Neutralität auf ein Minimum reduziert wäre. Hinzu kommt,

daß infolge ihrer Atomwaffenfreiheit die Bundesrepublik, selbst im Falle des Bruchs ihrer Neutralität, kaum mit Massenvernichtungswaffen wie Atom-, Neutronen- oder Wasserstoffbomben angegriffen würde. Den Völkern Europas wie denen der USA und der Sowjetunion sollte eine neutrale, sich auf ihre Verteidigung beschränkende Bundesrepublik doch nur recht sein. Das gilt auch für die DDR. Garan-

tiert sie ihnen doch, daß nicht noch einmal von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Sollten die Sowjetunion oder die USA eine Neutralisierung der BRD bzw. der DDR ablehnen, würden sie dadurch nur erneut ihren aggressiven Charakter beweisen. Im übrigen aber ist die Entscheidung über ihre Neutralität einzig und allein die Sache der Bevölkerung beider deutscher Staaten.

Was aber geschieht, wenn nur einer der beiden deutschen Staaten seine Neutralität erklärt, würde das nicht der anderen Seite einen Vorteil bringen?

Nein, welchen? Es würde, falls sie aggressive Absichten hegt, diese ganz wesentlich erschweren. Stünde doch jemand, der in ein neutrales Land einfällt, in aller Weltöffentlichkeit als Aggressor dar.

Schon die Neutralität der Bundesrepublik wäre ein großer Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens. Deshalb kann die Neutralisierung des einen deutschen Staates, sein Aus-

tritt aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt auch nicht von der gleichen Leistung des anderen deutschen Staates abhängig gemacht werden. Um dennoch einen Gleichklang, ein gemeinsames Handeln zu erreichen, schlägt die Kommunistische Partei Deutschlands die umgehende Verhandlungsaufnahme beider deutscher Regierungen vor. Die Bildung einer Konföderation, eines

Bündnisses zwischen beiden deutschen Staaten würde — bei Beibehaltung ihrer uneingeschränkten Souveränität — ein weiteres Auseinanderleben beider deutschen Staaten verhindern, die Begegnung von Deutschen und Deutschen erleichtern und eine gemeinsame Außenpolitik ermöglichen, die geprägt ist von der Freundschaft zu allen Völkern der Welt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion Deutsche Bundesrepublik) wendet sich an alle westdeutschen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen und bittet sie um ihre Unterstützung bei der Durchsetzung vorliegenden „Friedensplanes“. Sie appelliert an die Bevölkerung der Bundesrepublik, den Kampf aufzunehmen für seine Verwirklichung, denn es geht nicht nur um die Zukunft des deutschen Volkes, das Leben und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde, ob Deutschland am Ende dieses Jahrhunderts noch bewohnbar ist, es geht um den Frieden der Welt!



Kampf gegen die Remilitarisierung Anfang der fünfziger Jahre.



Demonstration am Antikriegstag 1979 in Hamburg.



Der Kampf für den Frieden war ein bestimmendes Element bei den diesjährigen Maidemonstrationen.



Unsere Partei kämpft in der Bundesrepublik, in der DDR und in Westberlin für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Zur Geschichte der Mitbestimmung (3)

Montanmitbestimmung — faule Frucht eines reaktionären Kuhhandels

Nach dem Zusammenbruch des Nazistaates kämpfte die deutsche Arbeiterklasse für eine antifaschistische Umwälzung, gegen die Wiedererrichtung der monopolkapitalistischen Herrschaft in Deutschland. Trotz der bitteren Erfahrungen der Vergangenheit gelang es jedoch den Verfechtern einer sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmungspolitik, in den Westzonen die Führung der Gewerkschaften an sich zu reißen. Sie konnten sich dabei auf die amerikanische und britische Besatzungsmacht stützen. Diese neuen Gewerkschaftsführer waren häufig

Im Mai 1945 war das faschistische Deutschland besiegt. Jetzt galt es, nicht nur den Wiederaufbau der zerstörten Städte anzupacken, sondern die Arbeiterklasse hatte die Lehren aus der Entwicklung der Weimarer Republik und der Machtergreifung des Hitlerfaschismus zu ziehen. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Der Faschismus mußte an der Wurzel gepackt werden. Es galt ein neues, wahrhaft demokratisches und friedliebendes Deutschland aufzubauen. Das konnte letztlich nur ein Deutschland sein, in dem mit den Drahtziehern des Faschismus und Kriegsbrandstiftern, den Krupp und Thyssen, mit dem ganzen Monopolkapital radikal aufgeräumt wurde, ein sozialistisches Deutschland.

Der Staatsapparat der deutschen Monopolbourgeoisie war 1945 nicht mehr funktionsfähig, er war vorerst außer Gefecht gesetzt. Das war eine günstige Bedingung für die Sache der Arbeiterklasse. Eine ungünstige Bedingung bestand jedoch darin, daß die Arbeiter und Werktätigen in Deutschland es nicht vermocht hatten, sich selbständig und aus eigener Kraft vom Faschismus zu befreien. 1945 wurde in Deutschland die politische Macht und die Kontrolle über das wirtschaftliche Leben von den alliierten Siegermächten übernommen.

Während die Sowjetunion bereit war, in der von ihr besetzten Zone den Kampf der deutschen Arbeiter für ein antifaschistisches und einiges Sozialismus zu unterstützen, hatten die Westalliierten, vor allem die Amerikaner, völlig andere Interessen. Die im Potsdamer Abkommen gemeinsam mit der Sowjetunion vereinbarten Bestimmungen, wie die Entflechtung der Konzerne, waren von Seiten der USA und Britanniens durch ihre imperialistischen Interessen an der Beseitigung bzw. Schwächung eines kapitalistischen Konkurrenten motiviert.

Als grundlegender erwies sich jedoch das Interesse vor allem der amerikanischen Imperialisten, dem Kapitalismus in Deutschland das Leben zu retten und einen reaktionären, revanchistischen deutschen Staat unter amerikanischer Oberhoheit zu schaffen. Er sollte als wirtschaftliche und militärische Stütze der USA dienen und als aggressiver Vorposten gegen die sozialistische Sowjetunion Stalins und das neu entstandene sozialistische Lager in Osteuropa. Bei der Durchsetzung dieser Ziele konnten die Besatzungsmächte sich nicht nur auf die alten kapitalistischen Herren Deutschlands stützen, sondern auch auf die reformistischen Führer der deutschen Arbeiterbewegung, die jetzt aus der Emigration nach Deutschland zurückkehrten.

Die verräterische Politik der reformistischen Führer der SPD und des ADGB, mit der sie sich gegen den Kampf für

die sozialistische Revolution gestemmt hatten, führte 1933 zur Niederlage der Deutschen Arbeiterklasse, zur Errichtung des Naziregimes durch das Monopolkapital. Aus dieser bitteren Erfahrung heraus unterstützte die Masse der reformistisch beeinflussten Arbeiter und Gewerkschafter jetzt Forderungen, die von der KPD vertreten wurden, etwa die Forderung nach der entschädigungslosen Enteignung und Sozialisierung des Konzerneigentums, nach konsequenter Säuberung aller Institutionen von den Nazis und gerechter Bestrafung der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, nach der Schaffung einer starken Einheitsgewerkschaft usw.



Demonstration der FDJ gegen die Remilitarisierung. Brutal schlägt die Adenauer-Polizei auf die jungen Antimilitaristen ein. 1951 wurde die FDJ verboten, einige Monate, nachdem das Gesetz zur Montanmitbestimmung verabschiedet worden war.

Aber die reformistischen Bonzen und alten Arbeiterverräter arbeiteten von vorneherein mit der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht zusammen und im weiteren dann zunehmend mit den deutschen Monopolkapitalisten, um die Durchsetzung solcher Forderungen zu verhindern. Noch während des Krieges in der Emigration erklärte der Führer der Holzarbeitergewerkschaft Fritz Tarnow, der nach 1945 wieder Vorsitzender der Holzarbeitergewerkschaft des DGB wurde, zur Frage der Bildung einer Einheitsgewerkschaft:

„Wir müssen dies um jeden Preis zu verhindern trachten, da es den Kommunisten die Möglichkeit geben würde, die Gewerkschaften zu beherrschen. Daher müssen wir jetzt mit den britischen und amerikanischen Stellen die geeigneten Vorkehrungen treffen, damit wir so schnell wie möglich zurückkehren können, um die Entwicklung antikommunistischer Gewerkschaften zu leiten. Wir dürften auf die Mitarbeit der Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem wie in unserem Interesse liegt.“

Es gelang Tarnow und Konsorten zwar nicht, die Schaffung von Einheitsgewerkschaften zu verhindern. Das ist nicht zuletzt den Kommunisten zu verdanken, die sich von vornherein für eine starke Einheitsgewerkschaft einsetzten. Allerdings gelang es den reformistischen Bonzen mit Hilfe der amerikanischen und britischen Machthaber, die Kommunisten nach und nach aus dem Funktionärskörper der Gewerkschaften zu verdrängen

und ihren Einfluß im DGB zu schwächen. Dabei bedienten sie sich oft schmutzigster Mittel und Intrigen, besaß die KPD doch anfangs starke Positionen in der Gewerkschaftsbewegung.

Bei den Betriebsratswahlen, die bis Januar 1946 im Ruhrgebiet durchgeführt wurden, entfielen beispielsweise auf kommunistische Betriebsräte 49.983 Stimmen, hingegen auf sozialdemokratische nur 28.313 Stimmen. In der IG Bergbau und Energie war die Stellung der Kommunisten so stark, daß die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden dieser Gewerkschaft bis Ende 1948 von dem KPD-Mitglied Willi Agatz eingenommen wurde.

Zunächst kämpften Kom-

munisten und Sozialdemokraten an der Basis bzw. in den Betrieben gemeinsam für die Arbeiterforderungen, gegen die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse. Die sozialdemokratischen Führer aber trieben systematisch den Keil der erneuten Spaltung in die Arbeiterbewegung. Das ging bis zu Reversen, in denen kommunistische Gewerkschafter sich von ihrer Partei distanzieren sollten und bis zu Massenausschlüssen, wie sie von Georg Leber, dem ehemaligen Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden und späteren Bonner Kriegsminister, in seinen Memoiren zynisch beschrieben wurden.

Streikbrecher von Anfang an

Antikommunistische Spaltertätigkeit und Reverspolitik war der Hebel, mit dem die Böckler, Tarnow und Konsorten dem DGB die alte bankrotte Strategie der Wirtschaftsdemokratie aufzuzwingen, die schon unter der ADGB-Führung die Gewerkschafter ins Messer des Faschismus hatten laufen lassen. Entgegen jeder ehrlichen Berücksichtigung der historischen Wahrheit hieß es im Geschäftsbericht des DGB in der britischen Besatzungszone für die Zeit von 1947 bis 1949:

„Im Vordergrund der gesamten wirtschaftspolitischen Arbeit der neuen Gewerkschaftsbewegung steht die Demokratisierung der Wirtschaft, ausgehend von der Erkenntnis, daß das Versagen der Weimarer Demokratie im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß sie nicht von einer wirkungsvol-

len Wirtschaftsdemokratie unterbaut war.“

Wieder verbreiteten die reformistischen Bonzen also die Illusion von dem bürgerlich-parlamentarischen Regime als einem Staat, der klassenneutral über der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft schwebte. Wieder verschleierten sie die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems, die dazu führen, daß die Bourgeoisie zu gegebener Zeit von der bürgerlichen „Demokratie“ zur offenen terroristischen Form ihrer Herrschaft übergeht, als dem kapitalistischen „Ausweg“ aus der Krise. Wieder praktizierten sie die Politik der Klassenzusammenarbeit und der Verwandlung der Gewerkschaften in Instrumente zur Disziplinierung der Arbeiter. Wieder stützten sie das Ausbeutersystem des Kapitals und würgten den Kampf für den Sozialismus ab.

Ende 1946 entwickelte sich eine starke Bewegung unter den Arbeitern im Ruhrgebiet, die von der KPD unterstützt wurde, während die DGB-Führung alles tat, um sie abzuwürgen. Ausgangspunkt der Kämpfe waren die schlechte Ernährungslage und niedrige Löhne. Die Bewegung spitzte sich zunehmend auf politische Forderungen zu. Sie fand ihren Höhepunkt Anfang April 1947 in einem Generalstreik der Ruhrbergleute, an dem sich die Kumpel fast vollzählig beteiligten, obwohl er von der DGB-Führung verurteilt wurde.

Die Hauptforderungen lauteten: Säuberung der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung von faschistischen und reaktionären Elementen, Bildung von Kontrollausschüssen der Werktätigen in Städten und Dörfern und Heranziehung von Gewerkschaftern bei der Überführung der Bergwerksbetriebe in staatliches Eigentum.

Mitbestimmung kontra Enteignung

Die deutschen Konzernvertreter machten angesichts dieser Entwicklung von sich aus Angebote an die DGB-Führung in Richtung der bisher von ihrer Seite scharf abgelehnten Forderung nach paritätischer Mitbestimmung. Sie wollten damit den radikalen Forderungen der Arbeiter nach Entflechtung in Verbindung mit Verstaatlichung der Montankonzerne entgegenwirken. Der Leiter der Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet brachte dies selbst zum Ausdruck:

„Ich habe diese Form der Beteiligung der Arbeiter gewählt, erstens, damit man ihnen sagen kann, daß es ihre Werke sind (...) und sie dieselben verteidigen müssen, und zweitens, weil dadurch die Möglichkeit besteht, die Arbeiter gegen die Sozialisierung in Bewegung zu bringen.“

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Gutehoffnungshütte, Oberhausen, schrieb an die Gewerkschaftsführung einen Brief, in dem er sich gegen die Durchführung des von der britischen Kontrollbehörde vorgelegten Entflechtungsplanes wandte, da dieser „den Belangen der Allgemeinheit und insbesondere der Belegschaft“ nicht gerecht würde, denn er bedeute „die Zerschlagung eines in 150 Jahren organisch gewachsenen Unternehmens“.

Der Aufsichtsratsvorsitzende bot den DGB-Bonzen Sitze im Aufsichtsrat für „Vertreter der Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaften“ an und gab dem Wunsch Ausdruck, „daß von diesem Kreise die Vorschläge für eine zweckentsprechende Lösung ausgehen“.

Die DGB-Führung griff zu. In der Zeit vom Februar 1947 bis zum Frühjahr 1948 wurde der schändliche Kuhhandel in die Wirklichkeit umgesetzt. In den neuen Aktiengesellschaften setzte sich der Aufsichtsrat nun aus je fünf Unternehmervertretern, fünf Arbeitervertretern und einem Vertreter der Treuhandverwaltung zusammen. Zugleich wurden den Vorständen der Unternehmer gewerkschaftliche Vertreter als Arbeitsdirektoren kooptiert. Im wesentlichen entspricht diese Regelung bereits dem 1951 vom ersten deutschen Bundestag gesetzlich verankerten Modell der Montanmitbestimmung.

In der Folge zeigte sich immer mehr, daß die Montanmitbestimmung das Linsengericht war, für das die Böckler, Tarnow, Freitag und Konsorten die Grundinteressen der deutschen Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit in allen Belangen vertrat. 1948 sorgte die DGB-Führung dafür, daß ein außerordentlicher Bundeskongreß des DGB sich für den Marshall-Plan aussprach, und damit für die Währungsreform und die wirtschaftliche und politische Teilung Deutschlands, für die endgültige Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse in Westdeutschland.

Der Bonner Spalterstaat wurde errichtet und die Remilitarisierung in Westdeutschland vorangetrieben. Das Grundgesetz des Bonner Staates wurde installiert, das nicht einmal eine Garantie des Streikrechts enthält. Die DGB-Führung würgte alle Kämpfe gegen diese reaktionäre, restaurative Entwicklung ab. So auch die Bewegung gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), das am 15. Juli 1952, also 15 Monate nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Montanmitbestimmung durch den Bundestag gepeitscht wurde.

Im Mai 1952 hatten sich Millionen Gewerkschaftsmitglieder an Streiks und Kundgebungen gegen das BetrVG beteiligt. Auf Drängen des Bundeskanzlers Adenauer sorgte der DGB-Bundesvorstand jedoch für den schlagartigen Abbruch der Kampagne.

Knebelung der Arbeiterklasse

Von dem damaligen DGB-Vor-

sitzenden Fette und von dem Vorsitzenden der IG Metall, Freitag, wurde dieser Abbruch mit dem Argument gerechtfertigt, die Gewerkschaften dürften nicht durch außerparlamentarischen Kampf auf Entscheidungen des Parlaments Einfluß nehmen. Das heißt, das Verbot von politischen Streiks zu bejahen. Auf der gleichen Linie wiegelte die DGB-Führung 1968 auch den Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze ab. Der DGB wurde von seinen reformistischen Führern zum Verbündeten des kapitalistischen Staates herabgewürdigt und als Instrument der politischen Entmündigung und Knebelung der Arbeiterklasse mißbraucht.

Vorübergehende Zugeständnisse an die Gewerkschaften in Bezug auf sozialpartnerschaftliche Mitbestimmungsforderungen haben die Monopolherren bisher immer dann gemacht, wenn ihre Herrschaft ins Wanken geriet und durch den Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus bedroht war. Sie versicherten sich dadurch in kritischen Momenten der Unterstützung der reformistischen Bonzen bei der Verteidigung des kapitalistischen Systems.

Der jetzige Angriff der Stahlbarone auf die Montanmitbestimmung steht im Zusammenhang damit, daß das Monopolkapital in umfassender Weise die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft verschärft. Die Lasten der Wirtschaftskrise sollen künftig noch brutaler und radikaler als bisher auf die Werktätigen abgewälzt werden. Diese sogenannte „Verschärfung des sozialen Klimas“ geht einher mit dem Abbau demokratischer Rechte, mit politischer Reaktion auf der ganzen Linie, mit dem Kurs auf die Errichtung eines neuen faschistischen Regimes.

Die Geschichte der Mitbestimmung zeigt, daß die reaktionäre Utopie eines friedlichen Miteinanders, einer angeblichen „Gleichberechtigung“ von Kapital und Lohnarbeit verwerblich und tödlich für die Gewerkschaftsbewegung ist. Wirtschaftsdemokratie heißt es in der Theorie — Kastrierung, Zerstörung der Gewerkschaften als Kampforganisation und als Rückgrat der Arbeiterklasse ist die Praxis. Dieser Weg endete schon einmal für die Gewerkschafter und Kader der Arbeiterbewegung in den KZs und Folterhöhlen der Gestapo. Lassen wir es nie wieder soweit kommen!

Gegen die Angriffe des Kapitals, gegen die Verschärfung der Ausbeutung und den Kurs auf ein neues 33, auch gegen die Attacke der Stahlbarone auf die Montanmitbestimmung, tut eine gewerkschaftliche Strategie not, die von der Unversöhnlichkeit des Gegensatzes zwischen Lohnarbeit und Kapital ausgeht und die nicht die unüberbrückbare Feindschaft zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlichem Staat zu verkleistern versucht. (Ende)

Automobilindustrie im Krisenstrudel

Sind „die Japaner“ unsere Feinde?

Daimler-Boß: Hunderttausende Arbeitsplätze in Gefahr

BADEN-BADEN.— Inzwischen wird die schwere Krise in der Automobilindustrie offiziell zugegeben. So erklärte vor kurzem der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Eduard Reuter, in der europäischen Automobilindustrie seien Hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet.

Anstatt jedoch zuzugeben, daß diese Krisen durch das kapitalistische Profitsystem bedingt sind, versucht man den Werktätigen einen anderen Feind zu präsentieren: Die Japaner fallen über uns her und bedrohen unsere Arbeitsplätze. So auch der Daimler-Boß Eduard Reuter: Die Bedrohung der Arbeitsplätze rühre aus der Export-Offensive der japanischen Autohersteller, erklärte er. Ähnliches sagen bekanntlich auch die Stahlbarone und rechtfertigen damit die bereits auf vollen Touren laufende Arbeitsplatzvernichtung in diesem Industriezweig.

Nun liegt es uns fern, zu bestreiten, daß die japanischen Monopole nach Ausdehnung ihrer Absatzmärkte streben. Aber die europäischen oder amerikanischen Profithäie treiben ja doch wohl das gleiche Spiel. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß Reuter in seiner Stellungnahme entschieden vor protektionistischen Maßnahmen warnt, das heißt vor Maßnahmen zur Drosselung der Einfuhr japanischer Automobile. Das hätte nämlich zur Folge, daß die an-

deren Länder es genauso machen würden, was für die deutschen Autokonzerne ein böses Desaster wäre. Machen sie doch ihre Milliardenprofite selbst hauptsächlich mit dem Exportgeschäft.

In den bundesdeutschen Autofabriken wird zu einem beträchtlichen Teil für den Export produziert, ganz abgesehen davon, daß VW und Daimler auch einen massiven Kapitalexpert betreiben; man denke nur an die Autofabriken, die VW in den verschiedensten Teilen der Welt errichten ließ und weiter errichten läßt.

Im „Roten Morgen“ Nr. 26 (vom 27. Juni 1980) haben wir aufgezeigt, daß die Krise in der Automobilindustrie und der gnadenlose Verdrängungskampf, der zwischen den Automobilgiganten der Welt entbrannt ist, im Kampf um den Maximalprofit begründet ist. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erzeugen mit gleichsam naturgesetzlicher Unvermeidlichkeit schwere Überproduktionskrisen und Massenarbeitslosigkeit. Dieses Problem läßt sich nur durch die sozialistische Revolution lösen.

Die Arbeiter dürfen sich

jetzt nicht etwa den Kopf der Kapitalisten zerbrechen, wie der IGM-Vorsitzende Loderer dies tut. In der „Metall“ warnt Loderer genau wie der Daimler-Boß Reuter, vor einem „blinden Protektionismus“. Loderer erklärt, die IG Metall sei immer für einen möglichst ungehinderten Welthandel eingetreten. Nun ja — Loderer ist ja schließlich stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des VW-Konzerns...

Für die Arbeiter heißt es, klar zu sehen, daß ihre Interessen nichts mit den Profitinteressen der Kapitalisten gemein haben. In Deutschland wie in Japan, in den USA oder anderswo muß die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Entlassungsfeldzüge der Profithäie solidarisch führen. Internationale Arbeitersolidarität tut not! Die Automobilarbeiter der verschiedenen Länder müssen am gleichen Strang ziehen und sich gegenseitig unterstützen. Gerade der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich kann zu einem wichtigen Hebel für die internationale Solidarität, auch der Automobilarbeiter, im Kampf gegen die Monopolherren werden.

Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie wird verschärft

Rationalisierungspakt zwischen Estel/Hoesch und Krupp

BOCHUM/DORTMUND.— Die Stahlkonzerne Estel/Hoesch und Krupp Stahl haben bekanntgegeben, daß sie künftig die Rationalisierung in ihren Werken durch eine enge Zusammenarbeit vorantreiben wollen.

Eine Kapitalverflechtung sei nicht vorgesehen, es sollen jedoch langfristig Lohnverarbeitungs- und Lieferverträge abgeschlossen werden. Unter Aufrechterhaltung der unternehmerischen Selbständigkeit werde man in den Massen- und Spezialstahlbereichen (nicht beim Edelstahl) sowie in der stahlnahen Verarbeitung alle gegenseitigen Ergänzungsmöglichkeiten ausschöpfen und entbehrliche Überschneidungen abbauen. In etwa sechs Monaten sollen erste Einzelmaßnahmen entscheidungsreif sein, die von Fall zu Fall der Genehmigung der Brüsseler EG-Behörden bedürfen.

Die Vorstandsvorsitzenden

der beiden Konzerne, Rohwedder und Gödde, behaupteten gegenüber der Presse, diese Maßnahmen dienten einer weitgehenden Sicherung der Arbeitsplätze. Das ist jedoch schlicht eine Lüge. Es liegt auf der Hand, daß dieser Rationalisierungspakt im Gegenteil auf eine weitere und beschleunigte Vernichtung von Arbeitsplätzen hinausläuft. So ist beispielsweise die Rede davon, daß Brammen-Bezüge aus Rheinhausen die drei unrentablen SM-Stahlwerke in Dortmund ersetzen könnten, von denen das erste jetzt stillgelegt wird. Möglicherweise wird damit das in Dortmund geplante neue Oxygenstahlwerk wieder in

Frage gestellt.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, daß Hoesch-Boss Rohwedder bei der Bekanntgabe des Projektes betonte, die IG Metall habe sich schon „beim Gesundungsprozeß der Dortmunder Hütten sehr kooperativ gezeigt“. Dieser „Gesundungsprozeß“ sieht die Vernichtung von zunächst 4 200 Arbeitsplätzen vor, denen jedoch noch tausende weitere folgen sollen. Rohwedder betonte auf der Pressekonferenz, die Konzernsanierung solle durch die Zusammenarbeit mit Krupp möglichst früher als 1984, wie es zunächst geplant war, durchgeführt werden.

Antikriegstag 1980

DGB-Jugend ruft zu Demonstration und Kundgebung auf

DÜSSELDORF.— Die DGB-Jugend will den diesjährigen Antikriegstag mit vielfältigen Aktivitäten, unter anderem auch mit Demonstrationen und Großkundgebungen bei der Landesjugendsekretär des DGB in Nordrhein-Westfalen, Klaus-Peter Hennig, erklärte, heute werde die Verschärfung der internationalen Spannungen bereits als derartig bedrohlich empfunden, daß die Gefahr eines dritten Weltkrieges für weit mehr Menschen real erscheint als noch vor einigen Jahren. Nahezu die Hälfte der Bevölkerung glaube laut Meinungsumfragen an die Möglichkeit eines Krieges.

Hennig gab bekannt, daß in

Nordrhein-Westfalen landesweite Aktivitäten zum Antikriegstag stattfinden sollen. Sie stehen unter dem Motto: „Entspannung, Abrüstung und Frieden — jetzt erst recht“. Im August und September will die DGB-Jugend in den Orten Nordrhein-Westfalens Podiumsdiskussionen, Filmveranstaltungen, Mahnwachen, Ausstellungen und Kundgebungen veranstalten. Am 30. August soll die Kampagne in einer Großveranstaltung zum Anti-

gehen. Angesichts der gefährlich angewachsenen Kriegsgefahr ist das sehr begrüßenswert und jeder Gewerkschafter sollte die Initiativen der Gewerkschaftsjugend unterstützen. kriegstag in Düsseldorf ihren Höhepunkt finden. Als Hauptredner ist Georg Benz, Vorstandsmitglied der IG Metall vorgesehen.

Zu Aktivitäten gegen die Kriegsgefahr rufen auch der DGB-Kreis Hamburg und der Landesjugendring Hamburg auf. Der Hamburger DGB-Kreis wird vom 31. August bis 5. September eine Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Gewerkschafter für den Frie-



Ihre Kampfkraft haben die Daimler-Arbeiter beim Lohnstreik im Frühjahr 1978 ausgezeichnet bewiesen. Jetzt gilt es, dem zu erwartenden Angriff der Automobilkapitalisten auf die Arbeitsplätze mit gleicher Entschlossenheit zu begegnen.

Metallindustrie Südbaden

Kampfbereitschaft zwang Kapitalisten zum Nachgeben

FREIBURG.— Die baden-württembergische IG Metall konnte nun auch für Südbaden einen gemeinsamen Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte unter Dach und Fach bringen. In verschiedenen Punkten wurde damit eine Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten bei Sozialleistungen erreicht.

Unter anderem enthält der

neue Vertrag folgende Verbesserungen für die Arbeiter:

- Bei Krankheit bis zu 3 Tagen muß nun keine Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit mehr vorgelegt werden.
- Die Kündigungsfrist bei Arbeitern nach 12 Jahren Betriebszugehörigkeit wird für den Unternehmer auf 6 Wochen zum Quartalsende verlängert. Diese Regelung tritt bereits ab

August dieses Jahres in Kraft. • Nach Ablauf der Lohnfortzahlung müssen insgesamt 14 Wochen lang Zuschüsse zum Krankengeld auf 100 Prozent bezahlt werden.

• Bei Kurzarbeit muß eine Ausgleichszahlung auf 80 Prozent des vereinbarten Bruttoeinkommens geleistet werden.

Dieser Tarifabschluß konnte durch die Kampfbereitschaft der Südbadener Metaller durchgesetzt werden. Insgesamt 27 000 Metaller beteiligten sich an Warnstreiks, die zum Teil mehrere Stunden andauerten.

Die Praktiken bei der „Stuttgarter Zeitung“

Politische Entlassung von Uta Stahl kein Einzelfall

STUTTGART.— Die neueste Ausgabe der Zeitschrift „druck und papier“, Zentralorgan der Druckergewerkschaft, setzt sich ausführlich mit dem skandalösen Fall der wegen ihrer Zugehörigkeit zur DKP vom Verlag „Stuttgarter Zeitung“ gekündigten Verlagskontoristin Uta Stahl auseinander. Dabei zeigt die Gewerkschaftszeitschrift anhand verschiedener Beispiele, daß solche antidemokratischen Praktiken bei der „Stuttgarter Zeitung“ kein Einzelfall sind.

Uta Stahl, teilzeitbeschäftigte Verlagskontoristin, war mit der Begründung gekündigt worden, ihre Parteizugehörigkeit bei der DKP sei für einen liberalen Verlag nicht tragbar (vgl. auch „Roter Morgen“ Nr. 28 vom 11. Juni 1980). Weder der einstimmig beschlossene Widerspruch des Betriebsrates, noch die Proteste in der Belegschaft konnten die Verlagsherren zu einem Rückzug bewegen. Praktisch bedeutet dieses Vorgehen der Verlagsherren eine Übertragung der Berufsverbotspraktiken auf die private Wirtschaft.

Die Zeitung „druck und papier“ nennt verschiedene weitere Beispiele von politischen Unterdrückungs- und Einschüchterungsmaßnahmen bei der Stuttgarter Zeitung:

• Der ehemalige Ressortleiter Dr. Fritz Richter wurde gekündigt, nachdem er zum Vorsitzenden des Deutschen Journalisten-Verbandes gewählt worden war. Diese Funktion sei — so der Verlag — mit seiner Stellung als Ressortleiter nicht vereinbar.

• Der Chefredakteur der „Stuttgarter Nachrichten“ (die im gleichen Verlagshaus erscheinen), Rudolph Bernhard, mußte „im beiderseitigen Einverständnis“ gehen, nachdem er sich gegen eine überstürzte und rücksichtslose Einführung der neuen Technik im Verlagsgewand hatte, die zu Überstunden und unerträglichen Arbeitsbelastungen geführt hatte.

• Ein Redakteur der „Stuttgarter Zeitung“ arbeitet ehrenamtlich in seiner Freizeit an dem Bezirksmitteilungsblatt der IG Druck Stuttgart mit. Deshalb wurde ihm vorgehalten, er komme dadurch in einen Loyalitätskonflikt mit seinem Arbeitgeber, weil in dem IG-Druck-Blatt die Marktwirtschaft in Frage gestellt werde.

Plakaten und in Zeitungsanzeigen erschienen war, wollte der Chefredakteur ihn nicht länger in der Redaktion haben.

In einem Kommentar zur Kündigung von Uta Stahl und zu den Praktiken bei der „Stuttgarter Zeitung“ weist Detlef Henschke, (Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier und verantwortlicher Redakteur der „druck und papier“) auf die Notwendigkeit hin, gegen diese Angriffe auf die Meinungs- und Koalitionsfreiheit den Kampf zu führen. In dem Kommentar heißt es:

„Auch wenn der Bundesdisziplinaranwalt anderer Ansicht ist: Die Praxis der Berufsverbote ist rechts- und verfassungswidrig. Mittlerweile greift dieses Krebsgeschwür unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung auch auf die private Marktwirtschaft über. Und was heute im „liberalen“ Zeitungsverlag anfängt, wird sich morgen im Metall- oder Chemiebetrieb fortsetzen. (...) Die Freiheit stirbt schrittweise. Mit Verharmlosungen, etwa des Radikalenerlasses, mit Anpassung ist nichts gewonnen. Die Beschäftigten der „Stuttgarter Zeitung“ haben gegen die Entlassung der Verlagsangestellten protestiert. Wenn wir der schleichenden Einschränkung unserer Freiheit nicht lautstärker entgegenreten, auch in der Öffentlichkeit, wird eines Tages selbst solcher Protest nicht mehr möglich sein.“

Nach einem Betriebsunfall

Türkische Arbeiterin „wegen Krankheit“ entlassen

Volkskorrespondenz
aus Meersburg/Bodensee

Nach einem Betriebsunfall wurde von der Geschäftsleitung der Firma „Bodensee-Plastik“ in Friedrichshafen eine Arbeiterin „wegen Krankheit“ entlassen.

Die türkische Arbeiterin verletzte sich während der Arbeit am Finger, indem sie sich einen Metallsplitter einzog. Die Wunde entzündete sich und sie bekam eine Blutvergiftung, die eine Operation im Krankenhaus Friedrichshafen nötig machte. Als die Arbeiterin anschließend vom Arzt krankgeschrieben wurde, nahm die Firma dies als Anlaß zu einer Kündigung. Die Türkin erhielt einen Brief, aus dem hervorging, daß sie aus „betriebsbedingten Gründen“ gekündigt wäre.

Deutsche Freunde rieten der Kollegin nun, gegen die Kündigung beim Arbeitsgericht Ravensburg Einspruch zu erheben: dies um so mehr, als sich die Begründung der Firmenleitung auch noch aus anderen Gründen als äußerst fadenscheinig erwies. Die Firma suchte nämlich gleichzeitig per Zeitungsinserat Arbeitskräfte.

Am 1. Juli fand der Arbeitsgerichtstermin statt. Ein deutscher Bekannter der gekündigten Arbeiterin konnte mit Billigung des Gerichtes im Namen der Türkin sprechen. Er lehnte die Kündigung ab und begründete dies damit, daß die Kollegin ja aufgrund ihrer Tätigkeit für die Firma, aufgrund eines Betriebsunfalls, erkrankt war.

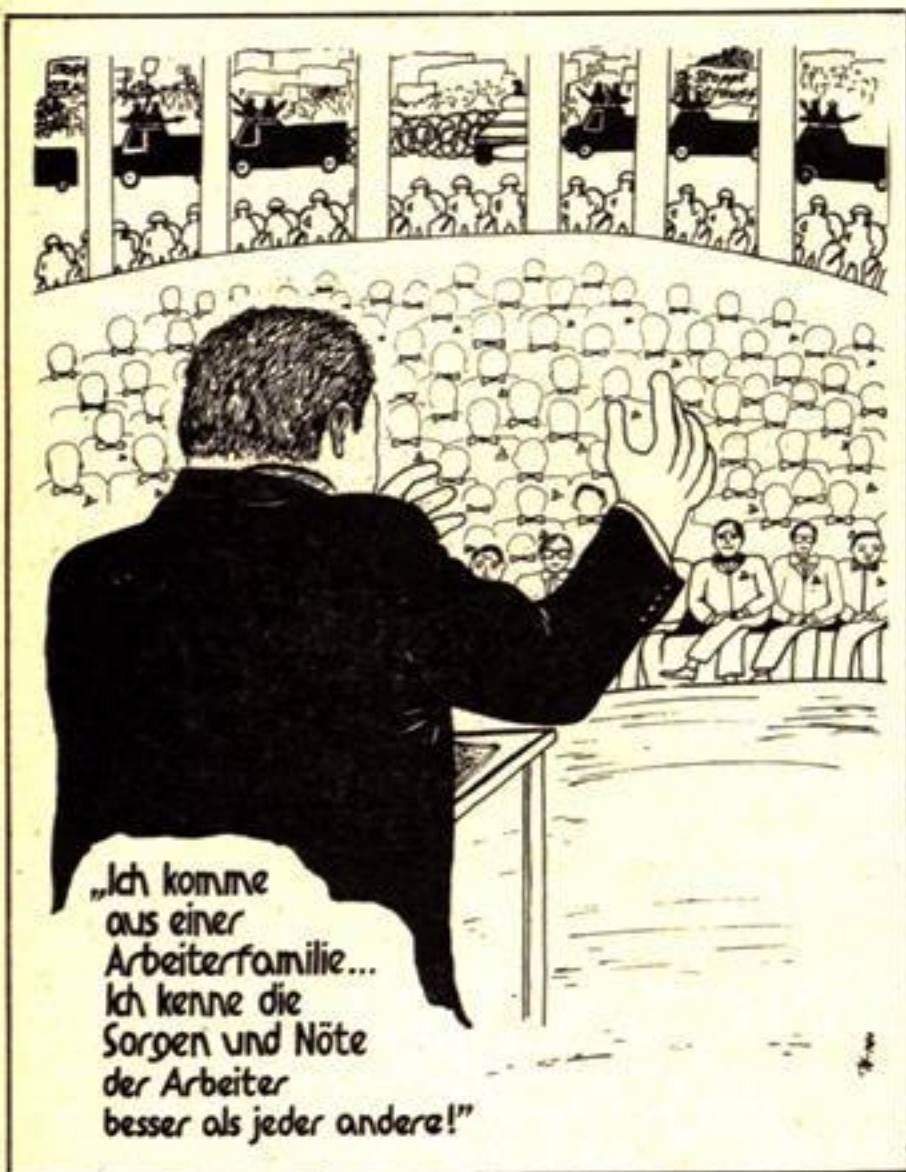
Der Anwalt der Firma dagegen berief sich auf das Kündigungsschutzgesetz, welches besagt, daß ein Arbeiter auch wegen Krankheit gekündigt werden kann, sofern er nicht sechs Monate ununterbrochen beschäftigt ist. Zynisch sagte er: Sie können, was den Grund der Kündigung angeht, jede gewünschte Erklärung von mir schriftlich bekommen, auf

Wunsch auch wegen Krankheit.

Der deutsche Beistand der entlassenen Kollegin protestierte; er wies darauf hin, welche Unverschämtheit es sei, daß ein Arbeiter zum Dank dafür, daß er sich im Interesse der Firma eine Verletzung zugezogen habe, auch noch entlassen werde. Der Vorsitzende des Gerichtes jedoch sagte dazu nur: „Es tut mir aufrichtig leid, daß ich Ihnen nicht helfen kann, aber Sie sehen ja, daß nach dem Gesetz eine Kündigung rechtmäßig ist.“

Interessant ist noch folgender Umstand: Als die deutschen Freunde der türkischen Kollegin sich telefonisch bei der Firma erkundigen wollten, bekamen sie dort die Auskunft, daß sich die Arbeiterin die Verletzung ja auch beim Basteln zuhause zugezogen haben könnte. Dies wurde gesagt, obwohl der Betriebsunfall gemeldet worden war. Der behandelnde Arzt dagegen erklärte sich bereit, ein Gutachten abzugeben.

Aus dem geschilderten Vorfall ersehen wir, wie weit es in der BRD bereits gekommen ist. Die kapitalistischen Ausbeuter scheuen sich nicht, es offen zugeben, wenn sie jemanden wegen Krankheit auf die Straße setzen. Dies fällt ihnen um so leichter, als ihnen das reaktionäre Kündigungsschutzgesetz dabei gute Dienste leistet. Heute ist es die Kollegin aus der Türkei, morgen der deutsche Arbeiter, die man, nachdem sie für die kapitalistischen Profitgeier ihre Gesundheit kaputtgemacht haben, zum Dank und mit Hilfe des Gesetzes auf die Straße wirft.



Fälschlicherweise gaben wir im RM 28/80 für obige Federzeichnung einen falschen Stückpreis an. Die Federzeichnung (DIN A 3) kostet nicht 2,00 Mark, sondern 1,50 Mark.

Der Zeichner Pit Becker schrieb uns: „Der Erlös vom Verkauf der Drucke kommt der VOLKSFRONT zugute. Die Preise habe ich entsprechend niedrig gehalten, damit die Drucke auch für breite Teile der Bevölkerung zugänglich sind.“

Bestellung (nur ab 5 Stück) bei: Pit Becker, Bachgasse 61, 6140 Bensheim 3. Die Sendung erfolgt per Nachnahme (Rechnung anbei).

Die Bremer Kommunisten trauern um Genossen Günter Hinrichs

An den Folgen eines Verkehrsunfalls starb am 18. Juli der Genosse Günter Hinrichs aus Bremen, Hafenarbeiter und Mitglied der KPD, im Alter von 52 Jahren. Günter verunglückte auf dem Nachhauseweg nach der Spätschicht, noch im Hafen. Er wurde mit dem Hubschrauber in die Intensivstation gebracht. Aber es war keine Hoffnung mehr. Genosse Hinrichs starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Günters Tod ist ein großer Verlust für die Partei. Günter hinterläßt eine Frau, sieben Kinder und zwei Enkelkinder.

Die Trauerrede, die ein Vertreter der Partei an die Familie des Genossen Günter Hinrichs, seine Frau Meta und seine Freunde hielt, drucken wir im folgenden (leicht gekürzt) ab.

Ein großer Verlust für die Partei

Liebe Familie Hinrichs, liebe Freunde, liebe Meta!

Dein Leben mit Günter fing an auf den Trümmern des Krieges. Hier in Walle stand kaum ein Haus. Der Hafen war zerstört, es gab keine Arbeit. 19 Mark Stempelgeld hatten Ihr in der Woche und eine Küche mit Stube in der Materburg. Hier wurden Eure ersten Kinder geboren. Dann seid Ihr umgezogen in die Barackensiedlung nach Horn. Wieder nur eine Küche und eine Stube, aber Günter hatte jetzt Arbeit. Bald waren es 7 Kinder. Das Sattessen für alle war nicht einfach zu machen. Jeden Morgen fuhr Günter auf dem Fahrrad durch den Bürgerpark, erst auf den Bau, später dann in den Hafen zur Arbeit. Er kam erst nach 17, 18 Stunden in der Nacht zurück. Nach 10 Jahren zogt Ihr dann in die Barenburg und hattet jetzt ein winziges Zimmer mehr. Doch die Doppelschichten blieben und waren notwendig, bis die Kinder groß waren.

Obwohl Günters schwere Arbeit nie aufhörte und obwohl der Lohn jeden Monat für Essen und Trinken draufging, Euer Zusammenleben war schön.

Günter hat Fröhlichkeit verbreitet. Er war nicht der Boß in der Familie, der alles bestimmt und der das größte Stück Fleisch für sich haben will. Günter und Meta, Ihr habt jeden Schritt gemeinsam gemacht, ob das Einkaufen war, oder Kinder versorgen.

Wenn die Kinder etwas angestellt hatten, Günter half ihnen aus der Patsche. Für die Kinder, wie für die anderen hat er jeden Weg gemacht. Er hat sich nie geschont, er war immer für die andern da.

Wie er in der Familie war, so war Günter auch auf der Arbeit. Fast 20 Jahre lang auf der Getreideanlage, davon fast immer in Doppelschichten, das war kein Pappenstil. Der Staub war das Schlimmste. Wie auch viele andere, so hatte sich Günter dabei einen chronischen Husten geholt. Auch der Lärm, besonders auf der neuen Pier, war so stark, daß er auf einem Ohr fast taub geworden war. Günter hatte genug Gründe, von dieser Drecksarbeit wegzukommen. Aber was gab es da für Wege? Vorarbeiter oder Deckschmann werden? „Ich kann meinen Kollegen nicht befehlen!“ Das war Günters Standpunkt. Wenn er sich mal als Vorarbeiter einsetzen ließ, was selten vorkam, dann ist er runter in den größten Dreck und hat selbst mitgearbeitet.

Günter war unbestechlich, daher haßte er ganz besonders die Pöschchenjäger in seiner Gewerkschaft. Mancher Kollege

hätte gern gesehen, daß so einer wie er Betriebsrat wird. Aber Günter konnte sich nicht dazu entschließen. Alle, die er damals als Betriebsräte im Hafen

machte er 100prozentig. Deshalb wurde er in den Vorstand gewählt, und hier nahm er die Wahl an. Er nahm an Treffen mit Hamburger Hafenarbeitern



hatte hochkommen sehen, hatten irgendwann die Seite gewechselt. Er konnte sich nicht vorstellen, wie ausgerechnet er es schaffen sollte, diese Mißstände zu beseitigen.

Mit 50 war Günter nicht mehr der Jüngste, und er hätte sich sagen können: „Die paar Jahre, die ich noch hab‘, will ich in Ruhe und Frieden genießen.“ Aber so war Günter nicht. Günter sagte sich: Gut, das ist der Pfennig, aber wo ist die Mark?

Durch den Streik der Hafenarbeiter im Januar 78 wurde er aktiv. Wie die anderen auch stand er fünf Tage lang Streikposten bei Wind und Wetter. Als die ÖTV-Führung dann bei 6,4 Prozent abschließen wollte, kam starke Empörung auf. Mit anderen oppositionellen Kollegen stieg Günter in einen Bus. Sie fuhren die Straßen in Gröpelingen ab und erklärten über Lautsprecher: „Wir erkennen den Abschluß nicht an. Wir sind die ÖTV. Wir fordern 7 Prozent.“ Die Opposition war erfolgreich. Die 7 Prozent kamen durch. Dieses Erlebnis stärkte Günters Glauben daran, daß die einfachen Arbeiter ihre Gewerkschaften zurückerobern können. So war es kein Zufall, daß er ein Jahr später, als er mit ihr bekannt wurde, der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten in der ÖTV im Hafen beitrug.

Bei seinen Aktivitäten für die RGO war Günter niemals lau oder halbherzig. Wofür er sich entschieden hatte, das

teil und befaßte sich immer mehr mit den Angelegenheiten aller Arbeiter. Im Februar fuhr Günter nach England, um den Stahlarbeiterstreik zu unterstützen. Er brachte das Geld hin, das die Kollegen gesammelt hatten, und stand viele Tage Streikposten. Er kam begeistert zurück. Durch die Solidarität,

die er in England erlebte, hatte sich sein Glaube an die Sache der Arbeiter weiter vertieft.

Aber Günter beschäftigte sich nicht nur mit der Lage der Arbeiter. Er machte sich auch Gedanken um das Land und um diesen Staat. Er konnte es nicht verwinden, daß faschistische Verbrecher, wie ein gewisser Getreidehändler hier in Bremen, hier im Hafen und in der Stadt frei herumlaufen und ihre Geschäfte machen können. Er sah auch die Gefahr, daß unter der Führung von Strauß in diesem Staat ein neuer Faschismus heraufzieht. Er sah, daß man schon jetzt den Widerstand dagegen organisieren muß, damit ein '33 sich nicht wiederholen kann.

Als er von England zurückkam, fuhr er schon am nächsten Tag nach Dortmund und nahm dort mit 5000 anderen Antifaschisten am Kongreß gegen Reaktion, Faschismus und Krieg teil. Auf der Fahrt sammelte er Geld für die englischen Kollegen und berichtete über ihr Leben. Nach dem Kongreß schloß er sich der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg an.

Gerade in der Frage des Faschismus stand für Günter die Frage: wer wen? Entweder wird die Sache der Arbeiter nochmal im Blut erstickt oder die Arbeiter erringen die Macht. Etwas dazwischen sah er nicht. So war es dann nur folgerichtig, daß er sich schließlich der KPD anschloß.

Daß Günter jetzt tot ist, ergibt keinen Sinn. Wir können ihn nicht zurückholen, aber wir können von seinem Leben lernen.

Wir trauern um unseren unbestechlichen und ehrlichen Kollegen, den

Hafenarbeiter

Günter Hinrichs

52 Jahre

Mitglied des Vorstandes der RGO Bremen.

Bremen, im Juli 1980

Seine Freunde von der
Revolutionären
Gewerkschafts-Opportunisten
im DGB

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Stürmischer Empfang für die Gäste aus Albanien

„Als die Albaner den Koffer aufmachten, brach die Sonne durch“

Begeisternde Atmosphäre auf dem IV. Internationalen Jugendlager



Von den Begeisterungstürmen der Lagerteilnehmer begleitet, hat die Delegation des Jugendverbandes der Arbeit Albaniens auf der Bühne des Festzeltes Aufstellung genommen.

Am Montag und Dienstag (21./22. Juli) überstürzten sich die Ereignisse nur so. Die Kreisverwaltung hatte ihr Ultimatum gestellt. Bis Dienstag, 9 Uhr, muß bekanntgegeben werden, ob die Jugendlichen den Platz freiwillig räumen.

Zwei Genossen schwärmen aus, unterrichten die Bevölkerung von dieser neuen unerhörten Schikane; rund 100 Bürger setzen ihre Unterschrift unter eine eilig verfaßte Protestnote. Abends findet eine große Protest- und Informationsveranstaltung im Festzelt statt. Wieder sind 100 Bürger aus Thiergarten und Umgebung dabei. Sie versichern den Jugendlichen aus aller Welt ihre Unterstützung.

Wie Klaus Kühl später berichtet, wären sämtliche Lagergäste im Falle der polizeilichen Räumung des Platzes bei der einheimischen Bevölkerung untergekommen. Und der Bürgermeister der Nachbargemeinde hatte auch schon einen Platz ausgesucht, auf dem das Festzelt hätte stehen können.

Dienstag früh, 9 Uhr, das Ultimatum ist abgelaufen. Seit 6 Uhr sitzen die Lagerfotografen in den Baumwipfeln, um einen etwaigen Polizeiüberfall frühzeitig melden und dokumentieren zu können. Auch die Reporter zahlreicher regionaler und überregionaler Zeitungen sowie von Rundfunk und Fernsehen sind in Stellung gegangen. Einer von ihnen telefoniert mit der Kreisverwaltung. Das Lager kann bleiben, doch müssen neue Auflagen erfüllt wer-

den. Jubel unter den Lagerteilnehmern, auch diese Hürde wurde genommen.

Um 10 Uhr erscheinen Vertreter der Kreisversammlung. Reaktion der Jugendlichen: „Wir ha'm die Kreisverwaltung satt, das Jugendlager findet statt!“

Während die Lagerleitung sich noch mit den Kreisbeamten herumärgern muß, geht in Trier am Hauptbahnhof eine Art „Staatsempfang“ über die Bühne, der fast 100 Trierer zum staunenden Zuschauen und Zuhören veranlaßt.

Denn soeben waren 15 junge Genossinnen und Genossen aus Albanien im Trierer Hauptbahnhof eingetroffen.

Genossin Valdete Sala, Sekretärin des Zentralkomitees des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens (VdJAA), beschrieb den Empfang in Trier mit folgenden Worten: „Wir hörten sofort zwei in Albanien sehr verbreitete populäre Lieder, eins über den 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens und ein anderes über den Genossen Enver Hoxha. Wir fühlten uns, als ob wir in Albanien wären!“

Einige Stunden später trifft die albanische Delegation auf dem IV. Internationalen Jugendlager ein. Sämtliche Lagerteilnehmer säumen die Straße, als der Autokorso mit blinkenden Scheinwerfern und einem wilden Hupkonzert näher kam. Auf den Kühlerhauben der Autos war die albanische Nationalfahne zu sehen. Langanhaltender Jubel, ein Meer von ro-

ten Fahnen, das Parolenrufen will kein Ende nehmen. Einer der Fahrer im Autokorso erzählte später, die Genossen aus Albanien hätten ganz feuchte Augen gehabt.

Die Genossen steigen aus; Blumen werden überreicht. Dann ging nichts mehr, die Begeisterung kochte über; eine viertel Stunde lang ließ das IV. Internationale Jugendlager die albanische Delegation immer wieder hochleben.

Genossin Valdete bekannte am darauffolgenden Sonntag dem „Roten Morgen“: „Als wir im Lager eintrafen, herrschte eine Stimmung, wie man sie sich überhaupt nicht vorstellen kann. Der äußerst warmherzige Empfang für uns Albaner hat nicht nur einen tiefen Eindruck bei uns hinterlassen. Wir finden ihn in politischer Hinsicht sehr bedeutungsvoll. Denn das sozialistische Albanien verkörpert den Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Reaktion.“

Übrigens war es mit dem Regenwetter auf einmal vorbei. Endlich würde es warm werden. Ein Genosse kommentierte den überwältigenden Empfang der albanischen Delegation: „Als die Albaner den Koffer aufmachten, brach die Sonne durch!“

Am Freitag abend hatten die albanischen Genossen zu einem Kulturabend ins Festzelt eingeladen. In diesem Zusammenhang hielt Genossin Valdete Sala eine Grußadresse im Namen des Zentralkomitees des VdJAA, der mit Begeisterung

aufgenommen wurde.

Um das darauffolgende Kulturprogramm und seine Wirkung auf das Publikum beschreiben zu wollen, müßte man am laufenden Band in Superlativen schwelgen und könnte trotzdem die Stimmung nicht wiedergeben. Insbesondere die beiden Sängerinnen Irma Libehora (seit sechs Monaten Mitglied im Ensemble für Volkslieder und -tänze) und Alida Hisku (Arbeiterin) wurden zu Lieblingen des Publikums. Der rasante Rhythmus der albanischen Folklore entfesselt die Zuhörer. Keinen hält es mehr auf seinem Platz und bald stampft, springt und hüpf alles auf Tischen und Bänken herum, die Stimmung ist einfach großartig.

Doch das alles findet — schier unvorstellbar — eine weitere Steigerung, als die albanischen Genossen antifaschistische Kampflieder aus Deutschland anstimmen. Tief beeindruckend ist der Vortrag des Liedes „Mein Vater wird gesucht“ durch die Genossin Irma.

Hier spürt jeder, die internationale Solidarität. Die Herzen der Jugendlichen, die sich durch Sprache, Hautfarbe, durch Sitten und Gebräuche voneinander unterscheiden, schlagen im selben Takt, im Takt des Kampfes für die Rechte der Jugend, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für eine glückliche Zukunft, für den Sozialismus.

Diese Stimmung ist im übrigen auf allen Veranstaltungen festzustellen, egal, ob es sich um kleine Diskussionsrunden am Rande des Lagers oder um große und zeitlich ausgedehnte Abende im Festzelt handelte.

Da wollen die Genossen aus Portugal von Rotgardisten wissen, wie sie den innergewerkschaftlichen Kampf führen. Da haben die jungen Kollegen und Genossen Gelegenheit, mit Revolutionären zu diskutieren, deren Heimatland kaum aus dem Atlas bekannt ist. Wer weiß schon über die Lage in Obervolta (Afrika) oder Surinam (Südamerika) Bescheid?

Auch die Genossen aus Albanien erklärten gegenüber dem „Roten Morgen“, daß sie großes Interesse daran haben, „zu sehen und zu begreifen, wie die Jugend den Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Reaktion organisiert und führt.“

Wir interessieren uns dafür nicht nur im theoretischen Bereich sondern wie die Jugend diesen Kampf mit konkreten Aktionen verbindet.“ Allerdings mußten sie auch eingestehen, daß „das Interesse für das sozialistische Albanien sehr groß“ sei „und fragen, sodaß wir kaum einmal Zeit finden, auch einmal Fragen über ihren Kampf zu stellen.“

In Thiergarten wird es wohl niemanden geben, der von dieser Stimmung nicht elektrisiert ist. Die Lagerzeitung („camp-revue“) witzelte bereits, daß der Fahnenmast erhöht werden müßte, da die internationale Solidarität bereits dermaßen hoch geworden sei, daß der Mast nicht mehr ausreiche. Und wirklich, wo man ging und stand, „Hoch die internationale Solidarität“ (in der „camp-revue“ der Einfachheit halber „HochSo mal 3“ genannt) wird tatsächlich in allen Lebenslagen gerufen, sodaß es manchen schon regelrecht auf die Nerven geht. Doch alle waren sich einig, was sich hinter dieser arg strapazierten Losung verbirgt, das haben alle gespürt.

Alle — das bedeutet 750 ständig anwesende Lagerteilnehmer, das bedeutet 1500 Freunde und Genossen am Wochenende. Mindestens 1500 beim türkischen Abend am letzten Samstag, der bis weit in den nächsten Morgen dauerte, mindestens 1500 auf der Großveranstaltung gegen Reaktion, Faschismus und Krieg am letzten Sonntag, auf der Eike Hemmer, der Vorsitzende der VOLKSFREONT sprach.

Zweifelloos wird die Großveranstaltung gegen den Krieg am Mittwoch, den 30. Juli (sie findet erst nach Redaktionsschluß statt) ein erneuter Höhepunkt in der ereignisreichen Zeitspanne von 14 Tagen Jugendlager sein. Hauptredner ist der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Aust.

Und immer wieder ruft es Begeisterung und Bewunderung unter den Lagerteilnehmern hervor, wenn neue Anzeichen für die fürsorgliche Teilnahme der ansässigen Bevölkerung sichtbar werden. So sah man den Fahrer des großen Jauchewagens, der regelmäßig auf dem Lager zu tun hatte, bald mit rotem Halstuch hinter dem Steuer sitzen und mit erhobener Faust die Lagerteilnehmer grüßen.

Als die Lagerleitung über die Rundsprechanlage einen „Genossen aus Rheinlandpfalz“ anforderte, meldete sich der Sohn des Campingplatzbe-

sitzers Ganz zur Stelle. Und im nächsten Augenblick raste er mit seinem Privatwagen davon, um Kollegen der VOLKSFREONT beizustehen, die auf dem Rückweg von Saarbrücken, wo sie Unterschriften gesammelt hatten, mit einer Panne liegen geblieben waren.

Ein junger afrikanischer Genosse mußte dringend zum Zahnarzt, um eine recht komplizierte Behandlung über sich ergehen zu lassen. Da mußte genäht werden, wahrhaftig keine Bagatelle. Natürlich war der Genosse nicht krankenversichert. Der Doktor verzichtete auf das Honorar.

Das IV. Internationale Jugendlager wird Folgen haben. Nicht nur, daß die kommunistischen und antiimperialistischen Jugendverbände aus aller Welt näher zusammengedrückt sind, nicht nur, daß das Bewußtsein über die überragende Bedeutung des proletarischen Internationalismus gerade bei den jüngeren Genossen sehr gewachsen ist. Die kanadischen Genossen beispielsweise, die in Thiergarten einen internationalen Lagerchor auf die Beine gestellt haben, tragen sich mit dem Gedanken, im Anschluß an das Lager ein internationales Liederbuch herauszugeben. Die Genossen des holländischen Cine-Clubs haben vorgeschlagen, Filmproduktionen auf internationaler Ebene durchzuführen.

Weitgehend unsichtbar, dafür aber um so bedeutungsvoller, war der unermüdliche Einsatz all jener Genossen, die für den insgesamt doch reibungslosen Ablauf des Lagerlebens gesorgt haben. Die Genossen in der Küche, bei den Sanitätern, die Ärzte, die Klempner, die Elektriker, die Reinigungstrupps und Lagerwachen.

Und wenn es einmal organisatorische Probleme gab, und wie sollte es sie angesichts der Schikanen der Kreisverwaltung nicht geben, wurden sie von den Genossen der Lagerleitung zusammen mit ihren Einsatzmannschaften immer schnell und gründlich gelöst, sodaß die meisten Lagerteilnehmer kaum etwas davon mitbekamen.

Klar, daß bei einem deutschen Jugendlager die Genossen der Roten Garde bei diesen Aufgaben an der Spitze stehen. Und noch bevor das Lager zu Ende gegangen ist, kann man sich des starkenindrucks nicht erwehren, daß die Rote Garde in jeder Beziehung ihren Mann gestanden hat. Das verdient unsere uneingeschränkte Hochachtung!

jvt



Sorgfältig malt ein Genosse aus der Türkei das Emblem seiner Kommunistischen Partei auf die rote Fahne.

„Die Ankunft hier in Deutschland ist auch deshalb interessant für uns, weil wir so mit den Genossen der Roten Garde zusammen sind. Es gibt so viele Dinge, die das IV. Internationale Jugendlager für uns so interessant machen. Ich kann keine Worte finden, um das alles auszudrücken.“



Das ist ein Auszug aus einem Interview, das Genossin Valdete Sala dem „Roten Morgen“ am Sonntag, den 27. Juli in Thiergarten gegeben hat. Die Genossin ist Sekretärin des Zentralkomitees des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens und leitet die 15köpfige Delegation aus Albanien. Wir veröffentlichen das Interview in unserer nächsten Ausgabe.

Der Bundestag im System des westdeutschen Imperialismus

Wer macht in diesem Land die Gesetze?

Demokratie heißt bekanntlich Volksherrschaft. Und demokratisch — am liebsten: freiheitlich-demokratisch — nennt sich der Bonner Staat. Worin aber drückt sich denn die Herrschaft des Volkes aus? In der gesetzgebenden Arbeit des Bundestages, in den das Volk seine freigewählten Abgeordneten

Das Fernsehen ist mit Direktübertragungen dabei, am nächsten Tag gibt es seitenlange Berichte in den Zeitungen, ein Heer von Kommentatoren gibt Erklärungen — im Bundestag war Plenardebatte. Schmidt und Strauß, Wehner und Genscher — die Stars in diesem Geschäft — werden von den Medien gebührend gewürdigt. Da ist also im Bonner Parlament große Politik gemacht worden. Könnte man meinen. Soll man meinen. Der Bundestag hat ja schließlich nach der Verfassung die Aufgabe, die Gesetze auszuarbeiten und zu verabschieden, auf deren Grundlage dann die Regierung ihre Tätigkeit ausüben soll.

Heute aber sind die Tatsachen über die Bedeutungslosigkeit des Bundestages bereits so deutlich, daß selbst die reaktionärsten Politikwissenschaftler, Pressebeobachter und andere in Bonn tätige Propagandisten des Parlamentarismus zugeben müssen, daß das Plenum des Bundestages keine wichtige Rolle spielt.

So ging die Zahl der Sitzungen des Bundestages von 1949 bis 1965 (jeweils innerhalb der nächsten vier Jahre) um 49 Prozent zurück. In der Wahlperiode von 1965 bis 1969 fanden 247 Sitzungen des Plenums statt, gegenüber 2401 Sitzungen der verschiedenen Ausschüsse des Bundestages. Von den 463 Gesetzen, die in diesem Zeitraum verabschiedet wurden, wurden 374 von der Regierung und ihren Ministerien als Entwurf ausgearbeitet und vorgelegt, während der Bundestag selbst nur 80 Gesetzentwürfe ausarbeitete, von denen wiederum über 60 Prozent von den Fraktionen kamen.

Seitdem hat sich die Zahl der Bundestagsplenarien weiter verringert, das Verhältnis der Gesetzentwürfe weiter zugunsten der Ministerialbürokratie verändert, die Spezialisierung der Ausschüsse weiter erhöht. In der Wahlperiode von 1972 bis 1976 sank die Zahl der erfolgreichen Gesetzentwürfe aus dem Bundestag selbst bis auf rund 15 Prozent aller verabschiedeten Gesetze, wobei dies auch noch die unbedeutendsten Gesetze waren.

Nachvollziehen kann man

die wahre Bedeutungslosigkeit dieses Bundestages auch am Verhalten der mächtigsten Verbände im westdeutschen Staat, den Interessenvereinigungen des Monopolkapitals. Der mit Abstand eingabefreudigste Verband der Bundesrepublik ist der Bund der Deutschen Industrie (BDI), der in jeder Wahlperiode Hunderte von Gesetzesvorschlägen macht, gefolgt vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT). Von diesen Vorschlägen wurden im Jahre 1959 rund 82 Prozent an Regierung und Ministerien gerichtet, 9 Prozent an die Bundesbank und nur 8 Prozent an den Bundestag, wo sie in den Ausschüssen behandelt wurden.

Bis zum Jahre 1977 hatte sich dieser Trend weiter verstärkt. Da wurden bereits knapp über 90 Prozent der Eingaben und Vorschläge direkt an die Regierung gerichtet und nicht einmal 5 Prozent an den Bundestag.

An dieser Stelle treten nun die bürgerlichen Propagandisten mit allen möglichen Thesen auf: Diese Entwicklung entspreche dem Selbstlauf einer komplizierten Gesellschaft, sie sei die Folge von Organisation überhaupt und so weiter.

Daraus leiten sie — je nach politischem Standpunkt entweder die Schlußfolgerung ab, alles sei in Butter, oder aber sie fordern eine sogenannte Reform des Parlaments, da die Wirklichkeit die Verfassung entstelle.

Die geheimnisvolle Macht

Entgegen den Behauptungen dieser Schreiber im Solde des Kapitals ist es eine Tatsache, daß diese Entwicklung weder zufällig noch ungewollt eintrat, sondern gezielt gefördert wurde. Und zwar sowohl von der Verfassung selbst, als auch durch die jeweils amtierenden Regierungen.

So ist in der Verfassung festgelegt, daß der Bundeskanzler allein die Richtlinien der Politik bestimmt, nicht etwa das Kabinett. Das aber führte dazu, daß der Stab des Kanzlers, das Bundeskanzleramt, zu einer zentralen Stelle des gesamten Regie-

rungsapparates wurde. Alle ministeriellen Gesetzentwürfe werden dort vorbehandelt.

Eine ganz entscheidende Maßnahme zur Verdunkelung der wahren Machtstrukturen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft stellte die Einführung der „Gemeinsamen Geschäftsordnung der Ministerien“ dar. Unter Adenauer verabschiedet, wurde sie von allen folgenden Regierungen übernommen, nur im Detail verändert. Dabei ist vor allem der § 23 dieser Geschäftsordnung wichtig, der besagt, daß Gesetzentwürfe während der Erarbeitung mit Vertretern der Spitzenverbände besprochen werden können, die Bundestagsabgeordneten den Verlauf der Arbeit aber nicht verfolgen dürfen! Diese Geschäftsordnung legt weiter fest, daß die Einrichtung von Beiräten, Sachverständigenausschüssen und sonstigen Gremien bei den Ministerien erlaubt ist. Allein das Bundesministerium für Wirtschaft verfügte vor vier Jahren über 52 solcher Einrichtungen, in denen die Vertreter der Staatsbürokratie gemeinsam mit den Vertretern der Monopolverbände die Gesetze ausarbeiten, die der Bundestag verabschiedet.

Im Gegensatz zur amtlichen Propaganda, die behauptet, in der Bundesrepublik gebe es nur eine geringe Zahl von Spitzenpolitikern, die aus der Wirtschaft kämen oder in die Wirtschaft gingen, ist gerade auf der Ebene der Ministerialbürokratie und der Monopolverbände der Wechsel äußerst rege. Prominentes Beispiel und trotzdem in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist der BDI-Geschäftsführer Siegfried Mann, zuvor Staatssekretär in Georg Lebers Verteidigungsministerium.

Dieser Apparat, in dem die eigentliche Politik gemacht wird, die dann mittels Propaganda (wozu der Bundestag gehört), Polizei und Gerichten durchgeführt wird, umfaßt 16 Ministerien mit rund 14 000 Beamten. Den größten Apparat hat dabei nicht umsonst das sogenannte Verteidigungsministerium. Drei Ministerien (Finanzen, Wirtschaft und Forschung) sowie sechs Abteilungen bei jeweils anderen Ministerien (vor-

entsendet. So jedenfalls lautet das offizielle Selbstverständnis dieses Staates. Der folgende Artikel untersucht an einigen Beispielen, welche Stellung der Bundestag tatsächlich einnimmt.

allen eben beim Verteidigungsministerium) bilden dabei den Kern der Einflußnahme der Monopolverbände. Der engste Entscheidungsbereich umfaßt neben den Ministern elf Staatssekretäre und 40 Ministerialdirektoren. Die tragende Arbeit in den Bonner Ministerien wird vor allem von den rund 1 200 Ministerialräten geleistet, eine Zahl, die sich in zwanzig Jahren verdoppelt hat.

Dieser Apparat ist es auch, der die Fortführung und Beibehaltung der Politik im Sinne der Monopole gewährleistet, trotz wechselnder Mehrheiten im Bundestag und den dort des öfteren stattfindenden Auseinandersetzungen über die Art und Weise, wie diese Politik gemacht werden soll.

Der BDI als wichtigster Monopolverband zur gesamten politischen Einflußnahme kopiert dabei die Organisationsform der einzelnen Ministerien haargenau, was die Zahl und Art der Abteilungen sowie die Geschäftsführung betrifft.

Neben den 5 000 Büros über die die Kapitalistenverbände in der ganzen Bundesrepublik verfügen, haben sie auch in Bonn selbst über 800 Lobbyistenbüros eingerichtet. Manchmal dringt dabei die intensive Tätigkeit des Monopolkapitals zutage. So wurde im Jahre 1962 und 1968 in den Jahresberichten des BDI beziehungsweise des DIHT anlässlich der Debatten um Vermögensbildungsgesetz und Notstandsgesetz betont, daß man zufrieden sei damit, daß die Verbandsvorstellungen genügend berücksichtigt worden seien...

Parteien und Gläubiger

Ein ganz wesentlicher Faktor für die Garantie der bestehenden Verhältnisse im parlamentarischen System bilden die bürgerlichen Parteien, so wie es ihnen in der Verfassung vorgeschrieben ist. Dabei ist nicht einmal die undemokratische, geheime Art der Kandidatenaufstellung für Wahlen gemeint, die aufgrund von Machtkämpfen, Intrigen und Protektion oft genug schon für klare Verhältnisse im Bundestag

sorgt. Auch nicht die ganz wesentliche Finanzierung der Bonner Parteien und sonstiger reaktionärer Organisationen durch das Monopolkapital.

Wichtiger ist schon die Tatsache, daß die drei Bonner Parteien zusammen rund 120 Millionen Mark Schulden bei den Großbanken haben, was sie natürlich nicht gerade zu starken Gegnern des Finanzkapitals machen würde, selbst wenn sie es wollten.

Die von der Verfassung legitimierte Wahlgesetzgebung und die Verfassung selbst geben dem Abgeordneten zwar freie Hand gegenüber dem Wähler, er ist ja nur an „sein Gewissen“ gebunden, stellen ihn aber unter Fraktionszwang, das heißt, er muß seiner Parteiführung gehorchen.

Im Gegensatz zur verhältnismäßig unsicheren Position eines neuen Abgeordneten stehen einmal jene „Altgedienten“, die von einem bestimmten Konzern oder einer Finanzgruppe gestützt werden und die in der Arbeit der Ausschüsse vorherrschen, sowie die Spitzen der jeweiligen Parteien selbst, die in das Machtgefüge integriert sind. Fest ist aber auch die Position der Bürokraten. Zwar gab es beim Regierungseintritt der SPD verständlicherweise einige Personalwechsel, aber im wesentlichen auf „Experten“-Basis. So holte sich der damalige Doppelminister Karl Schiller eine neue Technokratenmannschaft zusammen, die bis heute wichtige Aufgaben hat: den parteilosen Redakteur der Wirtschaftszeitung „Volks-wirt“, Pöhl, der Staatssekretär wurde und heute Chef der Bundesbank ist; Staatssekretäre wurden damals auch die SPD-Mitglieder Rohwedder (heute Hoesch), bis dahin Teilhaber einer Wirtschaftsprüferfirma und von Dohnanyi, der vom Meinungsforschungsinstitut Infratest kam — nur einige Beispiele. Auch Gegenbeispiele gibt es genug. Das CDU-Mitglied Karthe blieb unter wechselnden Wirtschaftsministern Chef des Bundeskartellamtes und trug auf seine Weise zum immer stärkeren Prozeß der Konzentration von Kapital und Wirtschaftsmacht in der Bundesrepublik bei.

Deshalb: VOLKSFRONT wählen!

Unsere Partei, die KPD, hat aus ihrer Ansicht über das Bonner parlamentarische System nie einen Hehl gemacht. Im Programm unserer Partei ist klar betont, daß die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung sich nur dadurch wirklich befreien können, daß sie sich zur sozialistischen Revolution erheben und alle Instrumente der Herrschaft des Monopolkapitals zerschlagen. Dazu gehört neben den bewaffneten Formationen vor allem auch der bürokratische Apparat und sein Bonner Feigenblatt.

Heute aber, da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung das parlamentarische System, trotz wachsenden Unmuts akzeptiert, genügt es für eine wirkliche kommunistische Partei nicht, ihre allgemeine Gegnerschaft zu diesem System zu betonen. Dies zumal in einem Augenblick, da der Vormarsch der Reaktion, der Prozeß der Faschisierung des Staates, auch auf parlamentarischer Ebene verstärkt wird, da durch die Kandidatur des Vertreters der offenen Reaktion, Franz Josef Strauß, die Aufmerksamkeit der Werktätigen sogar verstärkt auf die Wahlen gerichtet ist, da versucht wird, eben jene SPD, die die letzten Jahre der Faschisierung zu verantworten hat, als Alternative darzustellen. So wie die Kandidatur von Strauß ein Signal ist, so ist auch die Kandidatur des antifaschistischen überparteilichen Zusammenschlusses, der VOLKSFRONT, ein Signal. Und jede Stimme für sie wird dieses Signal verstärken.

Unsere Partei unterstützt die Kandidatur der VOLKSFRONT zu dieser Wahl mit aller Kraft. Weil sie eben, im Gegensatz etwa zur SPD, eine politische Kraft ist, die nicht im Sumpf der Machtausübung des Monopolkapitals steht, eine echte demokratische Alternative gegen den Bonner Kurs der Faschisierung, der von allen Parteien des Bundestages gestützt wird.

Helmut Weiss

Der Kandidat in Büsum

Mit Preßluftlupe gegen Strauß

BÜSUM. — Im Vorwahlkampf ist Strauß jetzt bis an die schleswig-holsteinische Westküste vorgedrungen. Doch auch dort war der Empfang äußerst unfreundlich. Wir drucken im folgenden einen Bericht ab, den uns die VOLKSFRONT zur Verfügung stellte.

Das Ganze fing mit einer kurzen einspaltigen Meldung auf Seite 5 der „Kieler Nachrichten“ vom 16. Juli an: Strauß und Stoltenberg besuchen die Westküste! Die Meldung war, wie sich hinterher herausstellte, unvollständig und ausgesprochen einseitig. Sie hätte etwas ausgewogener lauten müssen: Strauß, Stoltenberg und die VOLKSFRONT besuchen die Westküste! Dem KN-Redakteur sei es verziehen. Man kann schließlich nicht alles wissen.

Der Sonabend war, wie bei diesem Anlaß zu erwarten, vergnügt und unfreundlich. Nach 90minütiger Fahrt erreichten wir den vereinbarten Treffpunkt, den Büsumer Bahnhof. Vom Kreisverband der VOLKS-

FRONT war nichts zu sehen. Wir hatten uns nämlich um genau 37 Minuten verspätet (soll nie wieder vorkommen!). Naja, mal sehen, ob auf dem Bolzplatz am Nordsee-Gymnasium schon etwas los ist. Außer einem einsamen Strauß-Stopper unter vielen zufällig-unzufälligen und finstern blickenden Herren, getarnt mit dem einheimischen Friesennerz, war nichts zu sehen. Der junge Mann hatte allerdings gute Nachrichten. Ein Flugblatt antifaschistischer Jugendlicher hatte aufgerufen, gegen den ungeliebten Führer zu protestieren.

Der wiesengrüne Platz vor der Schule füllt sich langsam, und wir treffen endlich unsere Freunde. Marschmusik und

deutscher Polka-Beat, Marke Junge Union, wechseln sich aufdringlich ab! Die Zuschauer sind inzwischen auf die stattliche Zahl von 2 000 bis 2 500 Menschen angewachsen. Ehrfürchtiges und erwartungsvolles Schweigen steht neben lästerhaftem Unmut. Dann ist es soweit. Seit 11 Uhr 45 wird zwar (noch) nicht zurückgeschossen, aber Stoltenberg beginnt sein Vorprogramm, das auch nicht von zahmem Kaliber ist. In einem hatte er sich, ähnlich dem KN-Redakteur, von seinen ghost-writern täuschen lassen. Anstelle von: Klammer auf, „Beifall“, Klammer zu, ertönt ein minutenlanges und mit Schwankungen fortgesetztes Pfeif-, Buh-, Triller- und Hupkonzert. Trageschilder „Strauß raus aus Büsum!“, „Gewerkschaftsjugend gegen Strauß“, u.a. werden sichtbar. Die Jugend pfeift auf Strauß! Auch hier wird es Wirklichkeit. Un-

gefähr 50 Jugendliche zeigen, wo sie solche Politiker regieren sehen möchten: im tiefsten Alaska, als Herren von Ratten und Fliegen! Von der Preßluftlupe alpträumen Herr und Hund, Strauß und Schnullermund bestimmt noch heute. Einen Nachteil hatte dieser Auftakt dennoch. Strauß konnte sich auf uns moralisch vorbeereiten, wenn er soetwas kennt.

Er begann, gemessen, staatsmännisch und ein wenig volkstümelnd, 2 000 Watt gegen eine vergleichbar hohe Luft- und Stimmleistung einzusetzen. Und immer wieder diese Preßluftlupe, die konnte sogar einer Notleuchte die Fassung rauben. Schließlich hielt es ihn nicht mehr: „Rote Brüder“, „alles Kommunisten“, „Volksfront — die will uns Stachelndraht und Schießbefehl ins Land holen“, usw. Er mußte anschließend reichlich Kreide nachschieben, und die Fronten

klärten sich. Der Beifall für ihn fiel immer spärlicher aus. Viele begannen sichtlich nachzudenken, und der harte CDU-Kern, busweise aus der Umgebung angekarrt, mühte sich, den Stimmungsverlust auszugleichen. Um 13 Uhr war der Spuk zu Ende.

Nach kurzer Lagebesprechung und Beurteilung der Aktion fuhren wir etwas gestreßt, aber überaus selbstbewußt nach Hause, obwohl einem die Preßluftlupe wirklich den letzten Nerv rauben konnte.

Wir ließen eine Reihe von Jugendlichen zurück, die die VOLKSFRONT in Aktion erleben und einige zuvor geäußerte Bedenken sicher fallenlassen werden. Wir hoffen, daß unsere Freunde aus Heide diese Chance nutzen können.

(Anmerkung der Redaktion: „Schnullermund“ ist ein im Norden gebräuchliches Wort für „Stoltenberg“.)



Nach dem faschistischen Putsch in Bolivien

Mit Dynamit und Gewehren gegen die Junta

Bewaffneter Widerstand der Arbeiter und Bauern

LA PAZ. — Bei ihren Versuchen, das Land unter Kontrolle zu bringen, stößt die Militärjunta in Bolivien nach wie vor auf erbitterten Widerstand. Vor allem in den Bergbaugebieten haben sich bewaffnete Kämpfe entwickelt, an denen auch Tausende von armen Bauern beteiligt sind.

Die Putschisten haben eine dreiköpfige Junta, bestehend aus den Oberbefehlshabern der Teilstreitkräfte, ein Zeichen dafür, daß die gesamte Armeeführung hinter dem faschistischen Staatsstreich steht. Zum Präsidenten wurde der General Garcia Meza ernannt; die eigentlichen starken Männer des Regimes jedoch scheinen die von früheren konterrevolutionären Aktivitäten her bekannten Offiziere Arce Gomez und Hugo Banzer zu sein.

Gomez ist Chef der berühmten „Sektion II“ des Geheimdienstes der Streitkräfte. Er war maßgeblich an der Vorbereitung des Putsches beteiligt und hatte eine „Liste der bei einem Putsch zu eliminierenden Bolivianern“ aufgestellt. Diese Liste war schon vor dem Staatsstreich bekannt geworden; sie umfaßt faktisch alle Führer der Arbeiter- und Bauernorganisationen, fortschrittliche Journalisten, selbst „gemäßigte“ Politiker aus dem bürgerlichen Lager. Jetzt ist Gomez Innenminister, und seine Schergen schwärmen im ganzen Land aus, um die auf der Liste verzeichneten Personen ausfindig zu machen.

Bis heute kann — da die Junta fast alle Verbindungen mit der Außenwelt abgeschnitten hat — niemand sagen, wieviele Menschen diesem systematischen Mordterror schon zum Opfer gefallen sind. Die Gewerkschaftszentrale COB in der Hauptstadt La Paz wurde schon am Tage des Putsches von einem schwerbewaffneten Kommando überfallen. 15 Funktionäre wurden aus dem Gewerkschaftshaus geschleppt, in Militärkasernen gebracht und nach bestialischen Foltern ermordet. Gegenwärtig kämmen die Faschisten La Paz und andere große Städte nach „Verdächtigen“ durch. Gemäß dem chilenischen Vorbild haben auch sie das Stadion der Hauptstadt in ein KZ verwandelt, in dem Tausende von verhafteten Antifaschisten zusammengepfercht sind.

Der zweite starke Mann des Putschregimes, General Banzer, stand im Jahre 1971 selbst an der Spitze eines faschistischen Staatsreiches. Sieben Jahre lang übte er eine barbarische Terrorherrschaft aus, bis er unter dem Druck der Massenkämpfe zurücktreten mußte. Trotz seiner Verbrechen am bolivianischen Volk ist Banzer nie bestraft worden. Nach seiner vorübergehenden Entlassung aus der Armee wurde er sogar wieder in die Streitkräfte aufgenommen. Dieser Mordgeneral befiehlt auch eine faschistische Partei, die bei den letzten Wahlen zwar ohne jeden Erfolg gewesen ist, aber von der Armee stets bis an die Zähne bewaffnet wurde. Diese Partei war denn auch die einzige „zivile“ Stütze des Putsches in der vorletzten Woche; auf ihr Konto gehen unter anderem der Sturm auf die Gewerkschaftszentrale, die Verhaftung der Regierung und die Besetzung von öffentlichen Gebäuden in der Hauptstadt.

Banzers maßgebliche Beteiligung an dem Putsch entlarvt vor allem die gespielte Entrüstung der Carter-Regierung über diesen Terrorakt als pure Heuchelei. Denn der General ist der wichtigste Vertrauensmann des Pentagon in der bolivianischen Armee. Ebenso wie sein chilenischer Kollege Pinochet war auch er lange Jahre hindurch Militärattaché in Washington. Seine Ausbildung als Massenmörder am bolivianischen Volk erhielt er in den vom Pentagon und von der CIA betriebenen militärischen Einrichtungen der Panamakanal-Zone, die vom amerikanischen Imperialismus besetzt ist. Dabei ist Banzer nur eine, wenn auch eine wichtige Figur in den Plänen der Wall-Street-Bosse. Wie nahezu überall in Lateinamerika, so ist auch in Bolivien die Armeespitze von amerikanischen „Spezialisten“ ausgebildet, sind die Streitkräfte mit amerikanischen Waffen ausgerüstet worden.

Wenn Carter jetzt einen Stopp der Militärhilfe verkündet, so sollte man sich der Ereignisse in Nicaragua und Chile erinnern. Auch über Somoza und Pinochet war mit großem Propagandawirbel eine Waffensperre verhängt worden, begleitet von den bekannten Phrasen des amerikanischen Präsidenten über die Menschenrechte, die er zu schützen vorgab. Und in beiden Fällen dauerte es nicht lange, bis zuerst heimlich, dann offen der Strom der Waffen für das Abschlagen des Volkes wieder floß (in Nicaragua allerdings ohne den von Washington erwünschten Erfolg). Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß Carters treue NATO-Verbündete Margaret Thatcher gerade jetzt, wo in Bolivien die Generale putschten, die Sperre für Waffenlieferungen an Pinochet wieder aufhob.

Wie tief die amerikanischen Imperialisten wirklich in den Staatsstreich von La Paz verwickelt sind, zeigt sich deutlicher noch an einer anderen Tatsache. Wie inzwischen bekannt wurde, hat Washington den Verkauf von einem Drittel seiner strategischen Zinnreserven — insgesamt ca. 33.000 Tonnen geplant. Als Beginn der Verkaufsaktion wurde der 1. Juli festgelegt. Und das war genau zwei Tage nach der Wahl in Bolivien, die der linken Koalition UDP die Mehrheit gebracht hatte. Nun ist Zinn die bei weitem bedeutendste Exportware Boliviens. Die amerikanische Verkaufsaktion hätte den Zinnpreis auf dem Weltmarkt drastisch herabgedrückt und verheerende Folgen für die bolivianische Wirtschaft gehabt. Das war ein eindeutiger Versuch der amerikanischen Imperialisten, die von ihnen nicht gewollte neue Regierung zu „destabilisieren“, wie es im Jargon der Wall-Street-Bosse heißt. Und als dann der Militärputsch in La Paz vorerst glückte, war vom Verkauf der Zinnvorräte auch nicht mehr die Rede.

Die neuen Herren in Bolivien haben keinen Zweifel an ihren Absichten gelassen. Noch gründlicher als frühere Putschisten wollen sie die in diesem Land traditionell starke Arbeiter- und Bauernbewegung mit blutigem Terror überziehen. Dazu gehört nicht nur die Liquidierung der Führer dieser Bewegung. Die Generale haben alle noch bestehenden demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt, alle Organisationen außer der faschistischen Partei verboten und die Streitkräfte angewiesen, auf jeden ohne Vorwarnung zu schießen, der in irgendeiner Form Widerstand leistet. Von welchen Vorstellungen sie sich dabei leiten lassen, wurde wenige Tage nach dem Putsch deutlich, als im Fernsehen ganze Passagen aus dem Programm der Falange-Partei des spanischen Faschistengenerals Franco vorgelesen wurden. Und auch zu den überlebenden Schergen Hitlers haben die Putschisten enge Beziehungen. In La Paz wurde in der letzten Woche der frühere Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, beim Verlassen des Generalstabsgebäudes gesehen. Barbie ist ein Freund von Oberst Gomez und hat schon während der Banzer-Diktatur als Berater im Innenministerium gearbeitet.

So haben sich die finsternen Kräfte der Vergangenheit und der Gegenwart, gesteuert aus Washington, gegen das bolivianische Volk verschworen. Aber der grausame Terror der Putschisten hat dieses Volk nicht in die Knie zwingen können. Schon am Tage nach dem Putsch legte ein Generalstreik das gesamte Wirtschaftsleben des Landes lahm. Er wurde von den Arbeitern zu annähernd hundert Prozent und auch von der Mehrheit der Staatsbeamten befolgt. Bauern verbarrikadierten alle Zufahrtsstraßen nach La Paz. In der Hauptstadt selbst drückten die Werktätigen ihren Widerstandswillen mit Massendemonstrationen aus; es kam auch wiederholt zu bewaffneten Kampfaktionen gegen das faschistische Regime. Um diesen Widerstand zu brechen, scheuten die Generale vor keinem Verbrechen zurück. Sie ließen sogar die Elendsviertel in den Schluchten am Stadtrand von La Paz bombardieren.

Den Kern des Widerstandes aber bilden die Bergarbeiter in den Minen auf der Hochebene der Anden. Sie hatten sofort nach dem Bekanntwerden des Putsches die Straßen auf der Ebene mit Lastwagen gesperrt oder mit Dynamit gesprengt und dann auf den Anhöhen Position bezogen. 25.000 Soldaten, unterstützt von Panzern und Napalmbombern, schickten die Generale gegen die Bergbaugebiete. Es gelang ihnen jedoch nicht, den Widerstand zu brechen. Vor allem an der Minensiedlung Siglo XX. (20. Jahrhundert) brachen sie sich die Zähne aus. Die Arbeiter konnten eine Reihe von Siegen erringen und unter anderem mehrere Panzer zerstören. Mitte letzter Woche zogen auch Trupps von



Eine große Gruppe von Arbeitern und Studenten wehrt sich mit Pflastersteinen gegen puttschende Militärs.

Fakten über Bolivien

Armut in einem reichen Land

Bolivien ist eines der reichsten Länder Lateinamerikas. Seine Erde birgt Vorkommen an Zinn, Wolfram, Kupfer, Blei, Silber, Zink, Wismut und Antimon. Daneben werden Erdöl und Erdgas gefördert. In den Ebenen gibt es fruchtbare Landstriche und einen schier unerschöpflichen Vorrat von Edelhölzern.

Das Pro-Kopf-Einkommen in Bolivien jedoch beträgt nur 720 Mark im Jahr; 70 Prozent der Bevölkerung leiden in irgendeiner Form an Unterernährung. Das Volk hat keinen Anteil am Reichtum seines Landes. Was es erarbeitet, fließt seit jeher in die Tresore ausländischer Ausbeuter und einer kleinen Schicht von einheimischen Kapitalisten und Grundbesitzern. Im ausgehenden Mittelalter haben die riesigen Silbervorkommen des bolivianischen Hochlandes Macht und Glanz der spanischen Könige begründet. Heute müssen die Bergarbeiter in den Zinnminen für den Profit der Wall-Street-Bosse schuften.

Im Jahre 1952 kündigten sich in Bolivien große gesellschaftliche Umwälzungen an; es schien, als wäre es endgültig vorbei mit dem wachsenden Reichtum der Herren und der wachsenden Armut des Volkes. Ein Putsch von national gesinnten Offizieren verwandelt sich durch die massenhafte Beteiligung der Arbeiter und Bauern in einen Volksaufstand. Das Ergebnis dieser revolutionären Bewegung war die Nationalisierung der großen Bergwerke durch die Enteignung der Zinnbarone, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Einleitung einer Landreform, die Verkündung aller Bürgerrechte auch für die Indios (die 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen) und die Bildung von bewaffneten Volksmilizen.

Weil aber die Bewegung in den Händen der Bourgeoisie war, konnten letztlich keine entscheidenden Veränderungen der Lage des Volkes durchgesetzt werden. Die enteigneten Minenbesitzer wurden entschädigt. Die bürgerliche Regierung öffnete den amerikanischen Multis das Land. Auch heute noch werden die Metalle und das Erdöl zwar in Bolivien gefördert, aber im Ausland verarbeitet oder raffiniert; und die Multis — vor allem die amerikanischen — sind es auch, die den Rohstoffpreis diktieren. Auch die Landreform wurde nach 1952 nicht konsequent weitergeführt. Man verteilte zwar kleine Landparzellen an die Indios, aber weder kam es zur Bildung von Genossenschaften, noch waren die Parzellen groß genug, um ihre Besitzer zu ernähren. So gerieten

die Indio Bauern immer mehr in die Abhängigkeit der Grundbesitzer und der Bourgeoisie. Schließlich wurden auch die Milizen wieder aufgelöst, zugunsten der regulären Armee, deren Aufbau nun in den Händen amerikanischer Ausbilder lag.

Weil die nationale Bourgeoisie keine stabilen Organisationsformen, wie etwa Parteien, herausbilden konnte, ist die Armee in den letzten Jahrzehnten der eigentliche Machtfaktor im Land gewesen. Es ist aber nicht die einheimische Oligarchie, sondern im wesentlichen der amerikanische Imperialismus, der über dieses Instrument verfügt. Und er setzte es mehrere Male ein, um dem Ansturm der Arbeiter- und Bauernbewegung auf seine Herrschaft über Bolivien zu begegnen (1971 — Putsch von General Banzer; 1978 — Putsch von General Parera; 1979 — Putsch von General Natusch Busch; 1980 — Putsch der Junta aus den Oberbefehlshabern der Teilstreitkräfte).

Der für die Entwicklung in Bolivien kennzeichnende ständige Wechsel von faschistischen Putschen und „Demokratisierungsversuchen“ hat eine Ursache in der erwähnten Schwäche der einheimischen herrschenden Klassen, denen es nicht gelingt, ein stabiles „zivilisiertes“ Regierungssystem aufzubauen. Die wesentliche Ursache dafür ist aber die große Kampfkraft der Werktätigen, die über erprobte Organisationen verfügen. Sie haben jede „Demokratisierung“ genutzt, um ihre eigenen Positionen zu stärken und den Kampf für die grundlegenden Rechte der Werktätigen zu forcieren. Und weil dieser Kampf ihre Positionen direkt und unmittelbar gefährdet, haben die amerikanischen Imperialisten in immer rascherer Folge auf die Karte des blutigen Militärputsches gesetzt.

Die wichtigste unter den Organisationen des Volkes ist die Gewerkschaftszentrale COB, deren Kern die organisierten Minenarbeiter bilden. Die Bergleute müssen unter elenden Bedingungen einer bis zum Äußersten verschärften Ausbeutung arbeiten. Ihr Tageslohn beträgt umgerechnet 2,60 Mark. Schutzvorrichtun-

gen in den Minen sind unbekannt, die Arbeiter haben eine Lebenserwartung von nicht mehr als 35 Jahren. Jedes zweite Kind in den Minensiedlungen stirbt, bevor es Laufen gelernt hat. Gegen diese elende Lage haben sich die Bergarbeiter immer wieder mit machtvollen Streikämpfen und bewaffneten Aufständen erhoben. In den vergangenen Jahren waren die Minen fast ununterbrochen vom Militär besetzt.

Heute sind die Organisationen der armen Bauern dem COB angegliedert, was ein einheitliches Handeln der Arbeiter und Bauern begünstigt. Ein Beispiel für eine solche Aktionseinheit bot der vergangene November. Die damalige „demokratische“ Regierungs-Chefin Lidia Gueiler (die jetzt durch den Putsch gestürzt wurde) versuchte, gegen das Volk die Kommandos des von US-Banken kontrollierten Internationalen Währungsfonds (IWF) durchzusetzen. Der IWF hatte eine Kreditvergabe an das mit 3 Mrd. Dollar verschuldete und unmittelbar vor dem Staatsbankrott stehende Land davon abhängig gemacht, daß die Regierung folgende Auflagen durchsetzte: Abwertung des Peso (was eine neue Teuerungswelle auslöste), Streichung von Subventionen für Lebensmittel, Einleitung einer rigorosen Sparpolitik zu Lasten der Werktätigen usw.

Dagegen erhoben sich die armen Bauern. Innerhalb weniger Stunden blockierten sie die Verkehrswege des Landes. Gemeinsam mit dem COB stellten sie ihre Forderungen. Und nach einer Woche des Kampfes mußte die Regierung nachgeben. Mehl, Zucker und Reis (die von den Hochlandbauern nicht selbst produziert werden) blieben weiter subventioniert; außerdem wurde den Bauern das Recht zugesprochen, unter Ausschaltung des Zwischenhandels Märkte in den Städten einzurichten.

Diese Kämpfe im November zeigten auch, wie schwer es den „demokratischen“ Regierungen fiel, die Befehle der amerikanischen Imperialisten gegen das Volk durchzusetzen. Das sollen jetzt — mit Panzern und Maschinengewehren — die faschistischen Generale besorgen.

mehreren tausend Bauern, bewaffnet mit Knüppeln und einfachen Gewehren los, um die Minenarbeiter zu unterstützen. In der Nähe von Siglo XX. gelang es ihnen, ein Regiment der Faschisten einzukreisen.

Ende letzter Woche war der Radiosender der Arbeiter von Siglo XX. in den Nachbarregionen noch zu hören. Es

wurde von großen Verlusten berichtet. Die Faschisten haben im Bergbaugbiet auch Frauen und Kinder ermordet. Dennoch sind die Arbeiter entschlossen, ihren heldenhaften Kampf fortzusetzen.

Ihnen gehört in diesen Tagen die Unterstützung der Werktätigen auf der ganzen Welt. Die Arbeiter und Bauern

Bolivien haben erst im vergangenen November die Putschisten unter General Natusch Busch weggeeggt und damit ihre Kampfkraft bewiesen. Sie brauchen aber die internationale Solidarität. An uns ist es, dafür zu kämpfen, daß die Bonner Regierung die Militärjunta von La Paz in keiner Form unterstützt.

Das Kunststück mit den „Künstlern für Strauß“

Die Politiker der äußersten Reaktion, Feinde des Geistes und Nutznießer der Dummheit, tun sich schwer, die Frauen und Männer der Kultur und der Kunst — und sei es auch der bürgerlichen — für ihre Zwecke einzuspannen. Hitler hatte da seine Schwierigkeiten, und Strauß hat sie auch. Hatte sie — will es scheinen — denn nun haben sich 24 Künstler und Wissenschaftler in einem offenen Brief für ihn erklärt.

Die Sache aber erweist sich bei näherem Hinsehen als bedenklich. Sie hat einen Haken, mehrere Haken.

„Der für die Presse bestimmten Verlautbarung kann man die vollständige Liste der Unterzeichner dieser Erklärung nicht entnehmen“, schreibt

selbst die FAZ: „Offenbar ist mit ihr kein Staat zu machen.“ In der Tat ist es nicht gerade die „geistige Elite“ der Bundesrepublik, die da ihren Namen für den schwarzen Kandidaten in die Waagschale wirft. Und der bekannteste Name spricht für sich: Golo Mann, der Liebling der „Bild“-Zeitung.

Und selbst die spärliche Auswahl zweiter, dritter, fünfter und fünfzehnter Garnitur ist auf rechtem Wege nicht zustande gekommen: soviel steht fest. Zwei Münchner Intendanten, deren Namen sich unter der Erklärung finden, bestreiten, ein derartiges Dokument je unterzeichnet zu haben. Im Bayerischen Landtag sprach die Opposition von einer Aktion, die dem Tatbestand der Fälschung zumindest sehr nahe

kommt.

Obwohl als „überparteiliche Maßnahme“, als „Initiative einzelner Künstler“ ausgegeben, ist doch mittlerweile klar, daß die Erklärung nur auf Veranlassung und Druck der CSU oder einzelner ihrer Politiker zustande gekommen ist. So übernahm es der bayerische Staatsminister Maier, bei seinen unmittelbaren Untergebenen an den Bayerischen Staatstheatern durch Briefaktionen deren Unterschriften beizutreiben. Erpressung? Nötigung? Unzucht mit Abhängigen?...

Strauß hat es schwer, „Künstler und Wissenschaftler“ für seine Zwecke einzuspannen. Selbst eingefleischte Reaktionäre unter ihnen wollen sich ihre Namen nicht beflecken...

Nach der Unwetterperiode Preiserhöhungen Vom Regen in die Traufe...

Die Schlechtwetterperiode, die den Menschen nicht nur aufs Gemüt geschlagen ist, sondern die auch riesige Schäden in der Landwirtschaft angerichtet hat, ist nun (wenigstens vorläufig) vorbei. Doch nun geht es ans Zahlen. Die Sonne lacht, aber es lachen auch die kapitalistischen Profiteure, die aus den Folgen der Wetterunbilden ihren Nutzen ziehen werden.



Auf diesem Rübenfeld steht das Wasser knöcheltief. Schwere Ernteschäden werden befürchtet.

Schon jetzt nutzen Preistreiber im Handel den Dauerregen für erkleckliche Preiserhöhungen auch bei Obst und Gemüse aus, das aus den südlichen Ländern kommt. Mit Panikmache sollen auch die Preise für wetterunabhängige Produkte wie Fleisch, Geflügel, Eier und Milchprodukte angeheizt werden. Betrachtet man die Preise in den Obst- und Gemüseaussagen der Supermärkte, überkommt einen ein Gefühl wie 30 Tage Regenwetter.

Den Nahrungsmittelkonzer-

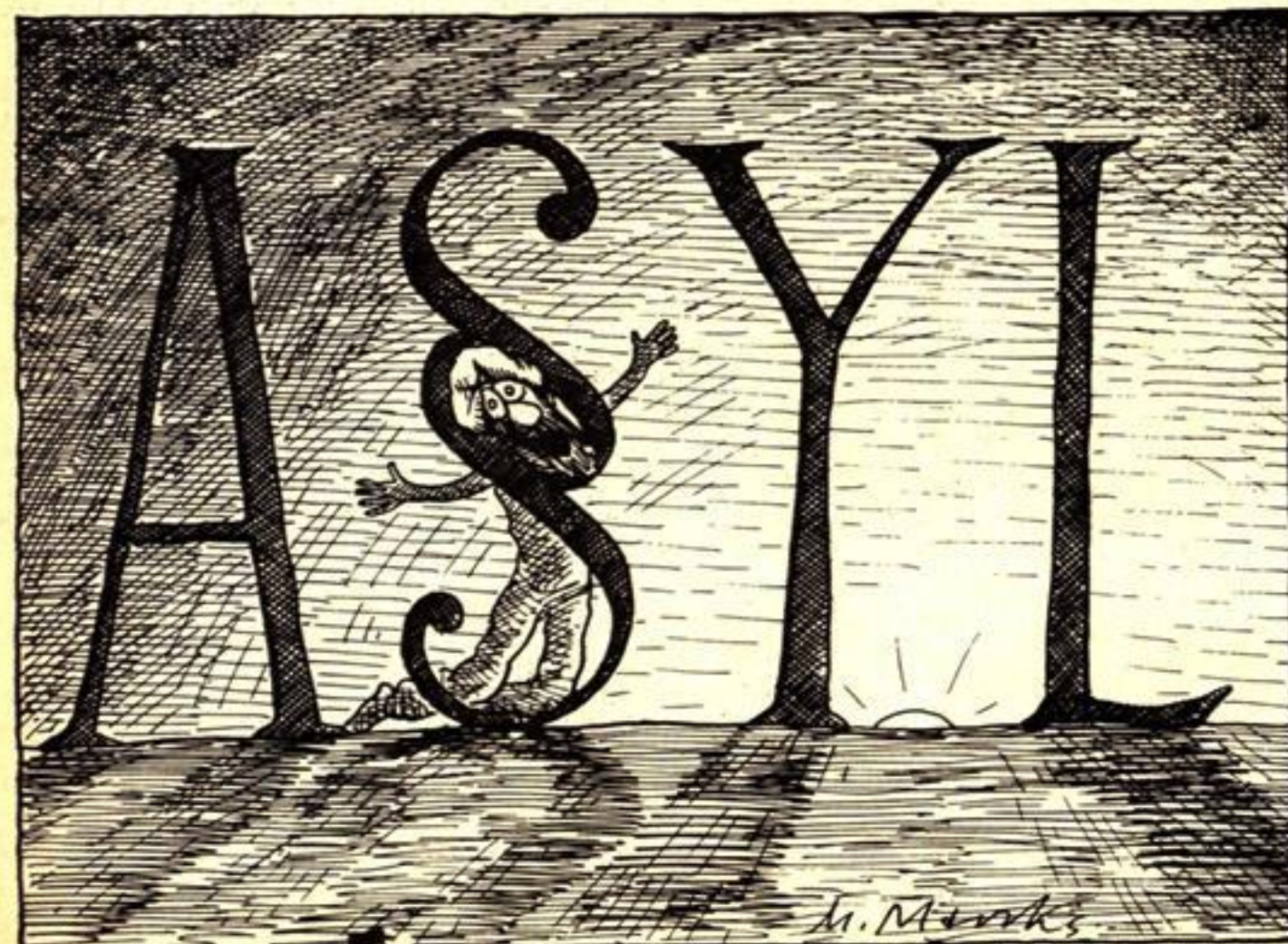
nen aber hat der Regen immer noch nicht genug Ackerbauprodukte niedergewalzt, weggeschwemmt und faulig werden lassen. Sie helfen nach und vernichten beispielsweise Kartoffeln, um den Markt noch mehr zu verengen und die Preise bis in astronomische Höhen zu treiben. Während die Hausfrau für ein Kilo Frühkartoffeln in der Bundesrepublik bereits über eine Mark zahlt, werden in Frankreich mit Steuermitteln die Kartoffeln untergepflügt. Allein im Juli wurden mehr als

sechs Millionen Mark für die Kartoffelvernichtung ausgegeben.

Hauptleidtragender der Regenkatastrophe und ihrer kapitalbedingten Folgen aber ist der Bauer. Die vier Wochen Dauerregen haben viele Getreidesorten in Mitleidenschaft gezogen; erhebliche Ertragseinbußen sind bei Wintergerste, Roggen und Weizen zu befürchten. Das nasse Getreide liegt zu 50 Prozent plattgedrückt auf den Feldern. Bedroht ist fast überall die Heuernte. Wegen Überschwemmung auf den Feldern konnten die Frühkartoffeln nicht geerntet werden. Erdbeeren, Johannisbeeren und Stachelbeeren verfaulen in der Dauernässe.

Auf die Hilfe der Nahrungsmittelkonzerne aber, die sich von ihrer Arbeit mästen, können die Bauern nicht zählen. Vom Regen kommen sie in die Traufe. Obwohl wegen des Dauerregens mit einem Ernteausschlag von geschätzten 70 Prozent bei Kirschen zu rechnen ist, weigern sich die Konservenfruchtkonzerne derzeit, den Obstbauern die Sauerkirschen abzunehmen, da sie noch genügend auf Lager hätten. In Mainz verteilten daraufhin Obstbauern aus Protest 700 Spankörbe Sauerkirschen an die Passanten.

Die Karikatur der Woche



Gott mit dir, du Land der Bayern...

Die bayrische Hymne „Gott mit dir, du Land der Bayern“ wird nun verändert — nach den Vorstellungen des Ministerpräsidenten Strauß. Und zwar wird sie wieder auf den Stand von 1965 gebracht. Damals waren nämlich einige gesamtdeutsche Stellen eliminiert und durch bayerische Anklänge ersetzt worden.

An die Stelle des Wortes

„Heimaterde“ (1. Strophe, 2. Zeile) sollen jetzt wieder die Worte „deutsche Erde“ treten. Die Passage „daß vom Alpenland zum Maine/jeder Stamm sich fest vertraut und die Herzen freudig eine/unsrer Banner weiß und blau“ (2. Strophe) soll ersetzt werden durch „daß mit Deutschlands Brüderstammen/einig uns ein jeder schau/und den alten Ruhm bewähre/unsrer Banner weiß und blau.“

„Gott mit dir, du Land der Bayern“ usw., daß Strauß nicht Kanzler wird: Was wird er erst mit der Nationalhymne anstellen?

Bolivien, Juli 1980

Jetzt passiert es, daß Menschen spurlos verschwinden.

Das Stadion von La Paz

ist voller Verhafteter.

In den Sanitätswagen am Rand der Straßenkämpfe lauern die Mörder.

Bombenflugzeuge erscheinen

über den Hütten des Hochlands, aus denen schlechtgenährte Kinder aufschauen.

Wo das Elend zuhause ist: Bolivien

hat sein Unglück noch nicht bis zur Neige gekostet.

Die Feinde der Minenarbeiter und der Arbeiter auf den

Feldern,

die Feinde der unter den Lasten gebeugten Frauen,

die Feinde der Kinder,

Die Feinde der Versammlungen, der Gedanken, der Lieder,

die Feinde des Menschen

greifen nach der Macht, um aus dem ausgedünnten Leben

noch einen Tropfen Blut herauszuschlagen.

In La Paz ist ihr Hauptquartier.

Durch einen Hintereingang verschwindet

mit leerer Geldtasche

der Gesandte aus Washington,

während von der Straße her ein anderer Mann, der einmal

Gestapochef in einer Stadt in Frankreich war,

eintritt in das Haus des Generalstabs in La Paz.

Aus dem Haus dringen die Befehle.

Die Befehlshaber sind ungeduldig,

da der Kampf ihnen nicht die Zeit läßt,

die Beute zu mustern.

In den Siedlungen des Hochlands aber

kämpft der Minenarbeiter.

Die Augen zusammengekniffen, sieht er

die Panzer herankommen. Seine Hand umklammert

das Bündel Dynamit.

... Ach, könnte das Dynamit doch

bis nach La Paz in das Haus des Generalstabs fliegen...

Der Panzer, den das Dynamit nicht zerstört hat,

überrollt den,

der die Zukunft verteidigt.

... Ach, könnten doch

im Blitz einer einzigen Explosion

die Feinde verschwinden:

ein bißchen Staub,

den der Wind über die Siedlungen weht,

den der Regen von den Dächern wäscht,

den die Flüsse mit hinunternehmen

fort aus dem Hochland, aus den Augen der Menschen.

Josef Krug



Sonntag, 3. August, 19.30 Uhr, ZDF

Das Amt: Eine Woche im BKA. Reportage von Ruprecht Eser und Horst Schättle. Eine Woche lang sah sich ein ZDF-Team in dieser Zentrale der Schnüfflei, Überwachung und politischen Verfolgung um. Der Film bringt bestimmt interessantes Informationsmaterial.

Sonntag, 3. August, 22.55 Uhr, ARD

Die Steppenwölfin von Rom. — Fünf Tage im Leben der Luise Rinser. Film von Gisela Reich über die fortschrittliche, engagierte und antifaschistische Schriftstellerin (geb. 1911), die durch Romane, Erzählungen, Essays, Theaterstücke und ihr „Gefängnistagebuch“ bekannt wurde. Luise Rinser lebt in Rom.

Montag, 4. August, 20.30 Uhr, DDR-Fernsehen II

Leben, um Zeuge zu sein. Die Lehrerin Kayoko überlebte Hiroshima. Japanischer Dokumentarfilm von 1976.

Montag, 4. August, 21.00 Uhr, ZDF

Das Dorf an der Grenze. Fernsehfilm von Thomas Pluch über die Probleme der slowenischen Volksgruppe in Österreich, dargestellt am Schicksal des Bauern Hanse von 1918 bis 1945.

Montag, 4. August, 22.05 Uhr, DDR-Fernsehen I

Der Gelegenheitsdichter. Film über Erich Weinert.

Dienstag, 5. August, 22.30 Uhr, West-Nord-Hessen III

Staatenlos im Nirgendwo. Begegnung mit Walter Mehrling. Dokumentation von Peter K. Wehrli. — Walter Mehrling war durch seine Texte für das Berliner Kabarett der 20er Jahre berühmt. Er floh vor Hitler aus Frankreich nach Amerika. Heute lebt er verarmt und krank in kleinen Hotels in Europa: „Solange ich meine Hand heben kann, werde ich schreiben.“

Mittwoch, 6. August, DDR-Fernsehen I

Die Kinder von Hiroshima. Japanischer Spielfilm aus dem Jahr 1953. Entstanden mit Unterstützung und unter Mitwirkung der Bürger von Hiroshima. Regie: Kaneto Shindo.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALE KOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 Bochum, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17-19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

6000 FRANKFURT (Böckenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0511/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 Freiburg, Parteibüro der KPD, Klarast. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 65, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7000 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Lichtkurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/66 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesesalon „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.